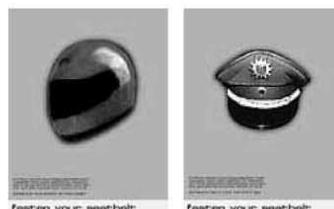
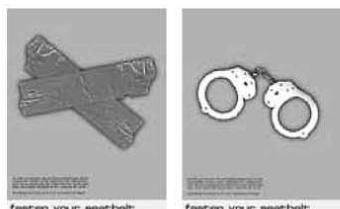


Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Handel gegen Rechts!

Neofaschisten ächten!

Seite 3

Kampf um die Nachfolge von Milosevic

Seite 7

Kein Mensch ist Illegal – Aktionen, Reaktionen

Seite 12

Gewerkschaftliche Aktionen gegen die Rentenpolitik

Seite 15

PDS-Parteitag: eine Positionsverschiebung und ihre fatalen Folgen

Seite 18



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24 00 94 68, Fax: 030 / 24 00 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

BIPATENTGESETZ. Die Bundesregierung hat das Biopatentgesetz verabschiedet. Die PDS kritisiert die unangemessene Eile und bezweifelt, dass gesichert ist, dass die Erteilung von Patenten ausgeschlossen wird, die gegen das Embryonenschutz verstößen. Sie befürchtet die Aufweichung von Mindeststandards. Die Patentierbarkeit menschlicher Gene müsse verboten werden. Auch bei der Anhörung im Bundestag haben etliche der angehörten Experten Kritik geäußert und enge Regeln für Gen-Tests gefordert: Prüf-Verfahren ähnlich wie bei der Zulassung von Arzneien; auf Begrenzung auf mögliche Krankheiten und den Ausschluss von Gen-Tests zu nicht-medizinischen Zwecken; Verbot der Weitergabe von Gen-Daten, damit ausgeschlossen wird, dass Arbeitgeber die Beschäftigten durchleuchten und Versicherer ihre Kunden diskriminieren. So können in Großbritannien Versicherer vor Abschluss einer Police einen Gентest verlangen, bisher für die vererbbare Chorea-Huntington-Krankheit, zukünftig womöglich auch für Alzheimer und Brustkrebs.

ALTERSARBEITSLOSIGKEIT. In der Rentendebatte werden Forderungen erhoben, das offizielle Rentenalter auf 67 oder sogar 70 Jahre zu erhöhen. Doch derzeit arbeiten kaum noch 10% bis zum Rentenalter von 65. Der häufigste Zustand vor der Rente ist der Bezug von Arbeitslosenunterstützung geworden. Der Anteil der 55- bis 59-Jährigen an den Erwerbslosen ist doppelt so hoch wie ihr Anteil an der Bevölkerung im Erwerbsalter, die Erwerbslosenquote sogar mehr als doppelt so hoch wie die allgemeine Quote. Würden alle lohnabhängig Beschäftigten so lange arbeiten könne, bis sie eine Rente ohne vorherige Arbeitslosigkeit bekommen, d.h. bis 60 (Frauen mit genügend Beitragsjahren) 63 (langjährig Versicherte) oder 65 Jahren, würde dies die Zahl der Bezieher von Arbeitslosenunterstützung um 400.000 reduzieren. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Instituts Arbeit und Technik, das daraus den Schluss zieht, dass Arbeitgeber den demographischen Wandel akzeptieren, sich auf die Beschäftigung von älteren Menschen einzustellen und die lebenslange Weiterbildung zur betrieblichen Realität werden lassen müssen.

UNTER 60%! Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) hat die Rentenpläne von Regierung und CDU/CSU kritisiert und ein „alternatives Konzept“ vorgelegt. Dessen Kern ist die Absenkung des Rentenniveaus „deutlich unter 60%“. Vorsorgeaufwendungen müssten bis zum Betrag von 5.220 DM von Steuern und Sozialversicherungszahlungen freigestellt werden. Bereits im Frühjahr hatte der ZDH „Vorschläge“ gemacht und mit zwei regionalen Tarifverträgen in die Tat umgesetzt, wonach Beschäftigte Überstunden oder Urlaubstage für eine spätere Rente anrechnen lassen.

DROHUNG. Vor der Konferenz der Arbeits- und Sozialminister haben zwei SPD-regierte Bundesländer (SH, NRW) mit dem Antrag „Konzertierte Aktion zur Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit“ einen Vorstoß für einen grundlegenden Umbau der Sozialhilfe in Richtung „aktivierende Hilfe“ unternommen. Dem Hilfeanspruch betroffener Bürger müsse die „Mitwirkungsverpflichtung“ gleichwertig gegenübergestellt werden. Im Klartext: Die Drohung, Sozialhilfe zu kappen, wird verschärft, um den Druck, Arbeit zu jedem Preis und zu allen Bedingungen anzunehmen, zu erhöhen. Zu diesem Zweck sollen u.a. die Arbeits- und Sozialhilfe-Verwaltung „besser zusammenarbeiten“. Auch will Schleswig-Holstein einen Antrag vorlegen, um die Bundesregierung zu einer „Reform des Arbeitsförderungsrechts“ zu drängen.

DISKRIMINIERUNG DURCH ARBEITSMARKT. Die Arbeitslosenquote von Menschen ohne deutschen Pass liegt mit über 20% um 100% über dem Durchschnitt. Die Haushaltsnettoeinkommen von Familien ausländischer Herkunft liegen deutlich unter dem Durchschnitt. Das sind zwei Ergebnisse des Familienberichts der Bundesregierung.

ROTE KARTE. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages Stihl erklärte in Wien – ausgerechnet! –, er halte die EU-Erweiterung auch ohne Polen für denkbar. Die EU müsse ihren Druck zu raschen Veränderungen aufrecht erhalten. Sollte Polen bei der Angleichung der EU-Rechtsvorschriften – ca. 80.000 EU-Recht müssen umgesetzt werden – das notwendige Niveau nicht erreichen, könne „man den Herrschäften auch die gelbe Karte zeigen“, Stihl wörtlich.

BERLINER DIKTAT. Anerkennung als Gleichberechtigte? Von wegen! Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Nordkorea verknüpft die BRD, vertreten durch den Grünen Fischer, Bedingungen, die eine tiefe Einmischung bedeuten: Erstens müsse Nordkorea beim Prozess der Annäherung zwischen Nord- und Südkorea spuren. Zweitens müsse es „Fortschritte in Sachen Rüstungskontrolle“ machen. Einer der größten Rüstungsexportiere der Welt verlangt, dass Nordkorea keine Langstreckenraketen in Länder exportieren darf, die damit das Territorium der BRD bedrohen könnten – wie sieht's mit deutschen Rüstungsexporten in Länder aus, die damit Nordkorea bedrohen (können)? Drittens müsse Nordkorea Fortschritte in Sachen Menschenrechte machen. Da man darüber wenig wisst, wird die Forderung dahingehend konkretisiert, dass deutsche Diplomaten, Hilfsorganisationen und vor allem Journalisten freie Bewegungsmöglichkeiten erhalten, um, man höre, die Verwendung deutscher Steuer- und Spendengelder für Hilfsprojekte in Nordkorea unabhängig zu überprüfen.

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

Handeln gegen Rechts! – Neofaschisten ächten, ihre Organisationen auflösen

Die Diskussion im bürgerlichen Lager über ein Verbotsverfahren gegen die NPD hat sich in den letzten Wochen eher zugespitzt und die Erkenntnisse über diese neofaschistische Organisation scheinen in diesem Lager nicht größer zu werden. Inzwischen ist ganz offensichtlich, dass die Bundesregierung mit ihren unzähligen Spitzelmaterialien nicht viel anfangen kann, weil sie sonst die Agenten enttarnen müsste.

Der Spiegel ist zwar keine seriöse Quelle, aber die Information scheint schon nachvollziehbar: „So will die Parteiführung (der NPD, d. Red.) darlegen, dass seit Jahren der Staat versuche, durch Einflussagenten und Auftragstäter Gewaltkriminalität in die NPD zu transportieren. Eine wüste Theorie, aber damit treffen die Rechten die Antragsteller an der empfindlichsten Stelle.“¹

Bis in den Sommer hinein hat die Bundesregierung das Treiben der NPD immer wieder verharmlost. D.h. der Verwaltungsapparat, der jetzt ein Verbotsverfahren vorantreiben soll, hat die Taten dieser Organisation über viele Jahrzehnte nie richtig beurteilt und die nötigen und wichtigen Fakten wahrscheinlich kaum gesammelt.

So veröffentlicht *Der Spiegel* in der jüngsten Ausgabe eine wichtige Aussage der NPD für ein Verbotsverfahren, das die *Süddeutsche Zeitung* bereits im August veröffentlichte. Im März dieses Jahres erklärte der NPD-Vorsitzende Udo Voigt auf dem Bundesparteitag: „Das Reich ist unser Ziel, die NPD ist unser Weg.“ Eine Aussage, die sich eindeutig gegen eine bürgerliche Demokratie und für die Errichtung einer Nazi-Diktatur ausspricht. *Der Spiegel* bringt noch einige andere Zitate aus dem Verbotssordner der Bundesregierung, die zwar als Beweis für rechtsradikale Aussagen dienen können, aber für ein Verbotsverfahren schwerlich ausreichen werden.

Verbotsrelevante Aussagen und Tätigkeiten müssen aber zusammengetragen werden, damit das Verfahren auch erfolgreich sein kann. Rassistische Aussagen allein reichen nicht hin, sondern z.B. eine Aussage des NPD-Vorsitzenden Voigt in einem *taz*-Interview, das die *SZ* wiedergibt: „Übergriffe auf Fremde in Deutschland hätten die etablierten Par-

teien zu verantworten, die ‚hemmungslos weiterhin Zuströme von Ausländern erlauben‘. Der ‚Widerstandswille‘ des Volkes dagegen sei eine ‚normale Reaktion‘. ‚Die brauchen wir nicht zu steuern‘.“² Die Regierungsbeamten brauchen Aufrufe zum Gesetzesbruch und die Verherrlichung von Gewalt. Solche Materialien gibt es seit Jahren in großem Umfang.

SPD und CSU arbeiten eng zusammen

Beckstein und Schily arbeiten bei den Vorbereitungen für ein Verbotsverfahren eng zusammen. Sonderbar aber ein Fakt, über den man nachdenken sollte. Drei Anhaltspunkte gibt es dafür:



► Durch den Anschlag auf die Synagoge in Düsseldorf wurde die jüdische Bevölkerungsgruppe so verunsichert, dass der Präsident des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, die Frage aufwarf, können wir überhaupt in der Bundesrepublik leben? Dies war Ausdruck eines Gefühls, das viele jüdische Menschen verspürten. Nach den Anschlägen in Solingen 1993 ist das eine neue Qualität der Bedrohung von gesellschaftlichen Schichten in der BRD.

► Bei der Entwicklung der EU-Osterweiterung arbeiten die NRW-SPD und die bayerische CSU im Planungsstab sehr eng zusammen. Ministerpräsident Stoiber erklärte kürzlich: „Wir müssen deutlich machen, dass wir die europäische Integration brauchen und dass die Erweiterung im Interesse Deutschlands – und natürlich Bayerns als traditioneller Brückenkopf nach Südosteuropa – ist.“³ Das Erstarken von Rechtsradikalen würde gerade bei dieser Expansionspolitik

ernstlich stören, nicht nur in den östlichen Ländern, sondern auch im westlichen Ausland. Da treffen sich CSU- und SPD-Interessen.

► Seit Jahren gelingt es der CSU, anders als der CDU, erfolgreich rechtsradikale Kräfte und Positionen einzubinden. Für die CSU ist die NPD, aber auch die DVU eine Konkurrenz, die es auszuschalten gilt, indem man sie integriert. Das Ganze würde zu einer Rechtsverschiebung im konservativen und bürgerlichen Lager führen.

► Die CSU forderte kürzlich ein Verbot der PDS. Vergleiche zum SAP- und dem dann folgenden KPD-Verbot drängen sich auf. Ob dies auch ein Kalkül einer Zusammenarbeit mit der SPD ist, für die die PDS Konkurrenz ist, diese Frage sollte man zumindest nicht aus den Augen verlieren.

NPD-Verbot wäre zu wenig

Bei einem Verbotsverfahren gegen die NPD sollte aber auch gegen die sogenannten „Kameradschaften“ vorgegangen werden. Etwa 150 solcher „Kameradschaften“ bestehen derzeit auf Bundesebene.⁴ Gebildet aus Mitgliedern verbotener Organisationen wie der FAP, der Wiking-Jugend, der Nationalistischen Front und anderen Gruppen sowie militärischen Skinheads, bilden sie ein wichtiges Rekrutierungsfeld bei Aktionen der NPD. Im Falle eines Verbotsverfahrens gegen die NPD ist damit zu rechnen, dass rechte Gewalttäter in diese „Kameradschaften“ abzutauchen versuchen. Das muss verhindert werden. Die Innenminister von Bund und Ländern müssen auch gegen diese „Kameradschaften“ vorgehen. Hier wären aber keine Parteverbote nötig, sondern Verbote, die der Innenminister direkt aussprechen könnte.

Viel durchschlagender wäre gewesen, wenn das Innenministerium vor Monaten „Kameradschaften“ verboten hätte, um dann zu sehen, wie diese Gewalttäter in die NPD geflüchtet wären. Dies hätte neuerliche Argumente für ein Verbot der NPD bringen können.

Die ungenaue Vorbereitung des Verbotsverfahrens wird auch daran sichtbar, dass ein Verbot weiterer Organisationen wie der DVU und der Republikaner zumindest erörtert und erwogen werden müsste, da seit Jahren zwischen diesen

Organisationen ein Mitgliederaustausch stattfindet und von Fall zu Fall Wahlausprachen getroffen werden.

Eine Ächtung des Faschismus ist dringend nötig

Wenn also ernste Bedenken im bürgerlichen Lager über den positiven Ausgang eines Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht bestehen, so wirft das die Frage auf, warum der Gesetzgeber nicht vorher seine Rechtspositionen stärkt und aktualisiert. Warum wird z.B. das Parteiengesetz nicht dahingehend verändert, dass Parteien, die nach dem Führerprinzip funktionieren, wie z.B. die DVU, keine Parteien im klassischen Sinne sind? Z.B. mit einer Regelung, dass eine Partei nicht finanziell von einer kleinen Personengruppe abhängig sein darf. Oder eine Reaktivierung des Artikel 139 GG, d.h. der Alliierten Kontrollratsgesetze, die ein generelles Verbot von neofaschistischen Organisationen und Nachfolgeorganisationen der NSDAP vorsehen.

Die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke weist darauf hin, dass zur Ächtung neofaschistischer Politik eine Festlegung im Grundgesetz beitragen kann, dass alle Bestrebungen zur Wiederbelebung nationalsozialistischer Ideologie und Politik verfassungswidrig und verboten sind. Eine solche Klausel hatte die Gewerkschaft der Polizei schon 1994 vorgeschlagen.

Kampf gegen den Neofaschismus verstärken

Die antifaschistischen und demokratischen Kräfte sollten neben einem NPD-Verbot auch ein Verbot der Kameradschaften fordern und vor allem die Frage der Ächtung vom Neofaschismus in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellen. Möglichkeiten dazu gibt es genug.

Auf kommunaler Ebene werden in den letzten Wochen Bundes-, Landes- und kommunale Mittel für den Kampf gegen den Neofaschismus bereitgestellt, d.h. es wird auch örtliche Aktivitäten geben.

Der Jahrestag der Reichspogromnacht steht bevor und der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, der 27. Januar, ist auch nicht mehr weit.

Öffentliche Protestaktionen alleine helfen aber auch nicht weiter, sondern Druck muss ausgeübt werden auf das bürgerliche Lager: Ausländerfeindlichkeit ist eine Hauptaktivität der Neofaschisten – also muss die Politik die Diskriminierung von Ausländern beenden, um dem rechten Lager jegliche Anhaltpunkte für seine Forderungen zu entziehen.

Jörg Detjen

Quellen:

- 1 Der Spiegel, Nr. 42/2000, Seite 34;
- 2 Süddeutsche Zeitung vom 11. August 2000;
- 3 Süddeutsche Zeitung vom 16./17. September 2000;
- 4 Flugblatt der PDS-Bundestagsfraktion und des PDS-Landesverbandes NRW, Okt. 2000

Dokumentiert:

Beitrag von Prof. Dr. Reinhard Kühnl (Universität Marburg) für die Anhörung im Bundestag am 25. Oktober (Auszüge)

Zum Problem der extremen Rechten in der Bundesrepublik

Ich möchte das Problem der Ursachen am Beispiel von vier Aspekten erörtern, die in Ideologie und Praxis der extremen Rechten eine Rolle spielen:

1. Fremdenfeindlichkeit/Rassismus
2. Völkischer Nationalismus
3. Sozialdarwinismus contra Sozialstaat
4. Autoritarismus contra Demokratie

1. Fremdenfeindlichkeit/Rassismus

Eine soeben fertiggestellte Doktorarbeit an der Universität Marburg hat vergleichend dreizehn europäische Länder untersucht unter der Fragestellung, welche Probleme durch Einwanderung und Fluchtbewegungen entstanden sind und wie die verschiedenen Ländern darauf geantwortet haben. Die Untersuchung konnte zeigen, dass Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sich besonders in den Ländern verschärft haben, in denen bei Regierungen und öffentlicher Meinung bestimmte Reaktionsformen dominieren:

- Über Jahrzehnte hin wurde an der These festgehalten, das eigene Land sei kein Einwanderungsland, die Eingewanderten also Ausländer, Fremde, die nicht dazugehören.
- Dementsprechend wurde das Einbürgerungsrecht sehr streng gehandhabt.
- Integrationskonzepte wurden nicht entwickelt, so dass diese „Ausländer“ tatsächlich in hohem Grade ausgegrenzt blieben.
- In der Bundesrepublik sind diese Merkmale sehr ausgeprägt.

2. Völkischer Nationalismus

Dass die Eingewanderten nie dazugehören können und also energisch ausgegrenzt werden müssen, wird von der extremen Rechten jedoch auch prinzipieller, d.h. ideologisch begründet: Jedes Volk habe seine wesensmäßigen Eigentümlichkeiten, die es zu verteidigen gelte. Nation sei also kein Territorial- und keine Willensgemeinschaft, sondern eine Abstammungsgemeinschaft.

Diese Auffassung hat in der deutschen Geschichte eine lange und bis heute tief verwurzelte Tradition. Sie wurde lange Zeit durch den Hinweis auf Blutströme, also rassistisch begründet. Neuerdings wird der Rassebegriff meist vermieden. Nun soll es die unüberwindliche Fremdheit der Kultur sein, die eine Integration definitiv unmöglich

macht. Der Begriff der Kultur ist also in diesem Verständnis funktional gleichbedeutend mit dem Begriff der Rasse. Insofern ist die Neue Rechte die alte Rechte mit neuem, modernisierten Vokabular, mit der Abkehr von NS-Apologie will die Neue Rechte zugleich einen Brückenschlag zwischen extremer Rechten und Konservatismus ermöglichen.

Die Überwindung dieses völkischen Nationalismus wäre ein bedeutsamer Beitrag zur Prävention gegenüber rechtsextrem Agitation.

3. Sozialdarwinismus contra Sozialstaat

Marktwirtschaft und Konkurrenzkampf produzieren, wenn sie sich ungehemmt entfalten können, enorme soziale Ungleichheit und soziale Zerklüftungen im eigenen Land wie auch weltweit. Für die Individuen bedeutet dies die alltägliche Erfahrung, dass der Stärkeren sich eben durchsetzt und der Schwächeren auf der Strecke bleibt, dass ihre soziale Existenz von extremer Unsicherheit geprägt ist und dass die Angst vor dem Morgen offen oder latent präsent ist.

Dies ist die Erfahrungswelt, aus der der Sozialdarwinismus, der das Recht des Stärkeren als Naturgesetz proklamiert, seine Glaubwürdigkeit bezieht. Auf dieser Grundlage entwickelt die extreme Rechte von jeher ihre Ideologie, dass die Schwächeren, für den Lebenskampf nicht ausreichend Qualifizierten in der eigenen Gesellschaft eliminiert werden müssen und dass Geschichte nicht anderes ist als der ewige Kampf der



Völker und Rassen um ihr Daseinsrecht, bei dem das Recht des Stärkeren einziges Gesetz ist.

Der Hass gegen die Schwächeren ist also doppelt begründet: in der Überzeugung, dass die „überflüssigen Esser“, wie sie in der NS-Politik hießen, für die „nationale Gemeinschaft“ in ihrem Kampf gegen andere Völker und Staaten eine Belastung darstellen; aber auch darin, dass andere Menschen in dieser Perspektive rein instrumentell betrachtet werden, d.h. danach, welchen Nutzen sie erbringen. (...)

Wenn also die sozialstaatlichen Sicherungen vermindert werden und zugleich die „Systemparteien“, wie die extreme Rechte sagt, sich als unfähig erweisen, die großen sozialen Probleme zu lösen und soziale Sicherheit zu gewährleisten, steigen die Chancen der extremen Rechten, Teile der Bevölkerung mit ihrer Agitation und ihren „Lösungsangeboten“ zu erreichen. Denn diejenigen, die nach ihrem Weltbild sowieso die Gegenwart und die Zukunft der Deutschen bedrohen, gelten auch als verantwortlich für die soziale Misere. (...)

Dass insbesondere die „Ausländer“ rein instrumentell betrachtet werden, ist in der Bundesrepublik dadurch befördert worden, dass die ausländischen Arbeitskräfte und ihre Familien jahrzehntelang von den maßgeblichen Repräsentanten in Politik und öffentlicher Meinung so gut wie ausschließlich unter dem Aspekt von Kosten und Nutzen bewertet worden sind und der Gedanke der allgemeinen Menschenrechte kaum eine Rolle gespielt hat.

Prävention hätte hier also abzuzielen auf volle Wiederherstellung und resoluten Ausbau des Sozialstaats.

Der große und ständig wachsende gesellschaftliche Reichtum, der in der Bundesrepublik produziert wird, würde dies durchaus ermöglichen – entsprechende Steuergesetze vorausgesetzt, die die enorm angewachsenen Diskrepanzen zwischen Arm und Reich übrigens lediglich etwas mildern würden.

Zugleich wären Bemühungen zu verstärken, gegenüber dem Wertmaßstab der instrumentellen Nutzung von Menschen und Menschengruppen – ein Ausdruck der Marktlogik – die Gedankenwelt der Menschenrechte und deren Universalität populär zu machen.

4. Autoritarismus contra Demokratie

Die Dynamik des Konkurrenzkampfes schafft permanent Ungleichheit und befördert die Anschauung, dass es von Natur aus Starke und Schwache, Höherwertige und Minderwertige gibt. Von dieser Weltanschauung aus gesehen erscheint die Demokratie mit ihrem Prinzip „gleiche Rechte für alle“ als unnatürliche und absurde Staatsform. Adolf Hitler hat dies in seiner berühmten Rede vor dem Düsseldorfer Industrieclub am 27. Januar 1932 überzeugend dargelegt. Diese Alltagserfahrung ist in der Tat ge-



Ermutigung und Förderung statt Beobachtung und Verfolgung antifaschistischen Widerstands!

eignet, autoritäre Denkmuster zu befördern.

Eine zweite Alltagserfahrung kann in die gleiche Richtung wirken. Die Realität der politischen Willensbildung erzeugt vielfach den Eindruck, dass das gemeinsame Volk nichts zu sagen hat, dass „die da oben“ ja sowieso machen, was sie wollen. Diese Auffassung hat ihre reale Basis einerseits darin, dass die Prozesse der politischen Willensbildung sehr komplex und für viele kaum durchschaubar sind. Andererseits aber auch darin, dass Grundentscheidungen über die Gestaltung der Gesellschaft und über die Lebensbedingungen der großen Mehrheit der Bevölkerung der demokratischen Willensbildung gänzlich entzogen sind. Sie werden getroffen von denen, die als Privateigentümer über die materiellen Grundbedingungen der Gesellschaft verfügen. (...)

Prävention würde hier also heißen, dass die Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung auf allen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen auszubauen wären: von der betrieblichen Mitbestimmung bis zu Volksbegehren und Volksentscheid.

Ermutigung von Zivilcourage – Antifaschismus

Von größter Bedeutung ist es, alle diejenigen zu ermutigen, die mit der Ideologie und den Zielen der extremen Rechten nicht übereinstimmen. Hier haben die zuständigen Institutionen der Bundesrepublik nun offensichtlich versagt: Gerade die politischen Gruppen und Positionen, die sich im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus besonders engagiert haben, wurden und werden vielfach behindert und oft genug öffentlich herabgesetzt (sogar in den Verfassungsschutzberichten). (...) Wenn Antifaschismus als „Linksextremismus“ betrachtet und mit dem „Rechtsextremismus“ im wesentlichen gleichgestellt, als gleichrangige Gefahr für die Demokratie in der Bundesrepublik dargestellt wird, hat das sehr negative Folgen für die Auseinandersetzung mit der extremen

Rechten. Die Ermutigung und Förderung von Ideen und Aktivitäten, die sich gegen die extreme Rechte richten, sollte also selbstverständlich auch solche Positionen einschließen, die sich als antifaschistisch verstehen. Dies sollte auch dann gelten, wenn solche Gruppen der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik kritisch gegenüber stehen, sich aber zugleich eindeutig zu den Grund- und Menschenrechten bekennen. Denn die Möglichkeit einer Veränderung der Gesellschafts- und Eigentumsordnung durch den Volkssouverän ist ja durch das Grundgesetz (Art. 15) ausdrücklich gewährleistet, insoweit hält das Grundgesetz die Zukunft offen.

Verbotsmaßnahmen?!

Soweit rechtsextreme Organisationen Gewalt und Terror praktizieren und rechtfertigen, sind sie zu verbieten. Dies ist der Wille der Verfassung und er ist – nach den Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus – gut begründet. Es gilt dies auch für Ideologien wie Nazismus, Antisemitismus und Rassismus. Sie stellen nicht eine politische Meinung neben anderen Meinungen dar, sondern tragen in sich die Tendenz, mörderische Konsequenzen hervorzubringen. Dies zeigt die historische wie die aktuelle Erfahrung und dies zeigt auch die inhaltliche Analyse.

Hier ist im Kampf gegen die extreme Rechte viel versäumt worden seit Jahrzehnten. Das gängige Argument, Verbotsmaßnahmen drängten die extreme Rechte in den nicht mehr kontrollierbaren Untergrund und mache sie deshalb um so gefährlicher, ist unzutreffend. Ein energisch durchgeföhrtes Verbot nimmt der extremen Rechten die Möglichkeit, weiterhin in der Öffentlichkeit für ihre Ziele zu werben, womit ihre Chancen, Zulauf zu gewinnen, minimiert werden.

Verbotsmaßnahmen gegen solche Vereinigungen, Organe und Aktivitäten bedürfen jedoch keiner zusätzlichen Rechtsnormen. Besonders eindringlich ist vor dem Verlangen zu warnen, den Staatsorganen neue Ermächtigungen zu geben, die eine Einschränkung der demokratischen Rechte der Bürger, z.B. des Demonstrationsrechts oder der politischen und wissenschaftlichen Meinungsfreiheit beinhalten. Auch eine Verschärfung des Jugendstrafrechts wäre ein Schritt in die falsche Richtung.

Folgerungen

Mit diesen Überlegungen soll gezeigt werden, dass die Gesamtheit der politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen unserer Gesellschaft ins Auge gefasst werden muss, um die Erfolgsmöglichkeiten der extremen Rechten zu erkennen, und dass es also umfassende Bemühungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erfordert, um der extremen Rechten grundlegend und dauerhaft die Chancen auf politische Wirksamkeit zu nehmen.

Widerstand gegen neo-liberale Globalisierung

BUKO 23 zwischen Spagatismus, Reformismus und radikaler Kritik

(Berlin, 8. Oktober 2000, npl). – Die Debatte um Widerstandsformen gegen „neoliberaler Globalisierung“ stand im Mittelpunkt des diesjährigen Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), der am Wochenende (6.-8. Oktober) in der Berliner Humboldt Universität tagte. „Die Mehrheit der Menschheit wird durch die Politik der Regierungen des Nordens und das Agieren transnationaler Konzerne jeglicher sozialer Rechte beraubt. Gleichzeitig konzentriert sich der wachsende Reichtum auf eine immer kleinere Gruppe von Privilegierten. Dieses Wirtschafts- und Politikmodell lehnen wir ab“, leitete BUKO-Sprecher Markus Wissen die Konferenz ein.

Über 300 TeilnehmerInnen entwicklungspolitischer Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet beschäftigten sich in zahlreichen Arbeitsgruppen mit den Auswirkungen der Liberalisierung des Handels und Privatisierungspolitik auf die sozialen und politischen Verhältnissen weltweit. „Wir stellen fest, dass das Entwicklungsmodell, welches uns von nationalen Regierungen und internationalen Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO) als ‚Modernisierung‘ oder Naturgesetz verkauft wird, zur verstärkten Zementierung von Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen führt“, erklärte Wissen: „Der BUKO versteht sich als ein Forum, in dem politisch Aktive, kritische WissenschaftlerInnen und Vertreter von Basisbewegungen aus dem Süden gemeinsam überlegen können, wie Widerstand gegen das vorherrschende Politikmodell aussehen kann. Emanzipatives Handeln benötigt organisatorische Kontexte.“

Mit der inhaltlichen Schwerpunktsetzung reagierte der BUKO auf die wachsenden internationalen Proteste gegen die institutionellen Träger neoliberaler Globalisierungspolitik, wie sie sich zuletzt bei der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank in Prag Ende September unübersehbar artikulierten. Kontroversen hinsichtlich der analytischen Positionen und Strategien der BUKO-Mitglieder wurden allerdings schon auf der Podiumsdiskussion zur Eröffnung des BUKO am Freitag Abend deutlich.

Miriam Fischer vom internationalen Basisgruppen-Netzwerk Peoples Global Action (PGA), das unter anderem die Proteste gegen die WTO-Konferenz in Seattle mitgetragen hatte, betonte die Notwendigkeit, das herrschende Wirtschaftssystem grundsätzlich zu hinterfragen: „Wir wollen keine Re-Regulierung der

Globalisierung über den Staat oder supra-staatliche Institutionen, sondern einen wirklichen Wandel von unten.“ Barbara Unmüssig von der Nichtregierungsorganisation WEED machte sich hingegen dafür stark, auch „den Dialog mit den Entscheidungsträgern zu suchen, ohne sich für deren Interessen instrumentalisieren zu lassen.“ In der anschließenden Diskussion handelte sie sich dafür den Vorwurf der „typisch spagatistischen Politik von NGOs“ ein.

Der Soziologe Alex Demirovic von der Universität Frankfurt/Main beklagte als eine Folge neoliberaler Politik im universitären Bereich die „Reduzierung kritischen Wissens“. Die „Reflexion der Globalisierung erfolgt nur noch unter technokratischen Gesichtspunkten der Notwendigkeit und nicht der Emanzipation.“

Christoph Scherrer von der Universität Kassel plädierte dafür, die Unterschiedlichkeit der Ansätze und Strategien sozialer Bewegungen als Bereicherung zu betrachten, sich durchaus auch wieder mehr mit Gewerkschaften zu vernetzen sowie aus strategischen Gründen bestimmte Re-Regulierungsforderungen an den Staat zu stellen. Als Beispiel nannte er den erfolgreichen „Strategiemix“ der schwarzen US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. „Die Kunst der sozialen Bewegungen besteht darin, die verschiedenen Flügel in ein Konzert zu bringen“, erklärte er abschließend.

An der Abschlussdiskussion am Sonntag unter dem Motto „Widerstand weltweit von unten organisieren – Probleme internationalistischer Kämpfe“ nahmen, abgesehen von Thomas Seibert (medico international), ausschließlich VertreterInnen von selbstorganisierten MigrantInnenzusammenschlüssen in der Bundesrepublik und Basisgruppen aus den Ländern Amerikas teil. Cheri Honkala vom Kensington Welfare Rights Committee, einer Basisbewegung von Obdachlosen in den USA, berichtete, dass auch in den Vereinigten Staaten immer breitere Bevölkerungsgruppen von Armut und Hunger betroffen seien. Es stehe eine „soziale Explosion“ bevor, aufgrund der zunehmend

massiven Verletzung ökonomischer Menschenrechte – eine Konsequenz der Auflösung des Wohlfahrtstaates.

Libia Grueso sprach für den Zusammenschluss afrokaribischer Gemeinschaften, den Proceso de la Comunidades Negras in Kolumbien. Sie datierte den Beginn der Globalisierung vor 400 Jahren, als ihre Vorfahren zur Sklaverei aus Afrika nach Lateinamerika verschleppt wurden. Grueso betonte, dass „die Autonomie und Identität der Kämpfe in ihrer Diversität erhalten bleiben müssen“, um nicht nur der neoliberalen-, sondern auch kulturellen Globalisierung eine widerständige Strategie entgegen zu setzen.

„Die Karawane ist die Antwort auf die rassistische Unterdrückung der Flüchtlinge in der Bundesrepublik“, lauteten die einführenden Worte von Sunny Omwenjeke, der die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen vertrat. Er legte den Schwerpunkt seines Beitrags auf den diskriminierenden Zwangsscharakter der sogenannten Residenzpflicht, die es AsylbewerberInnen verbietet, sich außerhalb der Gemeinde, in der sie gemeldet sind, zu bewegen. „Die Residenzpflicht“, so Omwenjeke, „bedeutet für Flüchtlinge, sich nicht einmal als Bürger dritter oder vierter Klasse fühlen zu können, sondern als Untermenschen“. Vor allem aber verhindere diese rassistische Maßnahme jedwede Möglichkeit der Selbstorganisierung von MigrantInnen. Omwenjeke forderte aktive Solidarität und Unterstützung für den Kampf der Karawane gegen die Residenzpflicht.

Der Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen fand dieses Jahr zum 23. Mal statt. Der BUKO versteht sich als ein Zusammenschluss vielfältiger internationalistischer Initiativen, denen die Kritik an bestehenden Macht- und Herrschaftsformen sowie die Thematisierung gesellschaftlicher Verhältnisse über Nord-Süd- Beziehungen hinaus gemeinsam sind. Insgesamt 170 Gruppen sind landesweit im BUKO organisiert. Auffällig dieses Jahr war vor allem die starke Beteiligung junger AktivistInnen.

Boris Kanzleiter und Stefanie Kron

Während der Großdemonstration vom 26.-28.9. in Prag gegen das IWF-Treffen wurden insgesamt über 900 Personen inhaftiert, einige befinden sich immer noch in Haft. Den Festgenommenen wurden nach Berichten der tschechischen Internationalen Presse Agentur (www.inpeg.org) alle Rechte, den Verletzten medizinische Hilfe verweigert, vielen Nahrung und lebensnotwendiges Trinkwasser entzogen. Zahlreiche Gefangene berichteten nach ihrer Freilassung von Misshandlungen durch die Polizei. In mehreren Städten der BRD fanden Solidaritätsaktionen statt, Bild: Hamburg.



Kampf um die Nachfolge von Milosevic hat begonnen

In der Sozialistischen Partei des entmachteten jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic hat das Ringen um seine Nachfolge als Parteichef begonnen. Milosevic ist seit dem 6. Oktober, als er in einer kurzen TV-Ansprache seine Niederlage bei der Präsidentschaftswahl anerkannt hatte, nicht mehr in der Öffentlichkeit aufgetreten. Die Sozialistische Partei hat für den 25. November einen Sonderparteitag einberufen. Neben den Kräften, die eine Erneuerung der SPS ohne Milosevic wollen, gibt es auch eine starke Fraktion, die die Ursachen für die Turbulenzen in Serbien nicht in den Fehlern der bisherigen Parteiführung sieht. Von verschiedenen Vertretern der bisherigen Leitungsschicht in der SPS wird dem bisherigen Koalitionspartner in der Regierung, der Partei der „Jugoslawischen Linken“ (JUL), die Hauptschuld am Desaster gegeben. Parteichefin der JUL ist die Frau des SPS-Parteivorsitzenden Milosevic.

Die sozialistischen Spitzenfunktionäre Borisav Jovic und Zoran Lilic und auch der ehemalige Parteivize Vucelic sind der Ansicht, dass die ganze Schuld für die fehlgeschlagene Politik der Partei ihrem Bündnis mit der JUL-Partei zuzuschreiben sei. „Die Personalpolitik der Sozialistischen Partei ist von der JUL-Partei diktiert worden“, erklärte Vucelic, der mit der JUL-Führerin und Milosevic-Gattin Mira Markovic auf Kriegsfuss stand.

In einem Interview mit der Zeitung „Junge Welt“ versucht Prof. Mihailo Markovic eine Erklärung für das Scheitern der SPS im gleichen Sinne zu geben. Markovic ist Mitglied der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Vordenker der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS). Er war Mitarbeiter der marxistischen Praxis-Gruppe und bis Herbst 1995 Vize-Chef der SPS.

„In der Sozialistischen Partei, die der Träger der Verteidigung grundlegender sozialistischer Werte war, gab es ein gewisses Maß an innerer Demokratisierung, und die Moral war ebenfalls auf einer gewissen Höhe. Selbst heute gibt es natürlich eine große Zahl von sozialistischen Funktionsträgern, die ehrlich und unbestechlich geblieben sind, die ihre linke Orientierung nicht aufgegeben haben.“

Aber die Situation veränderte sich allmählich durch den Umstand, dass eine innere Erosion stattfand. In erster Linie hatte Slobodan Milosevic selbst nicht das richtige Gespür für das Phänomen der Korruption. Auch wenn er selbst bis zum Ende durch und durch ehrlich blieb, so war er doch in seiner eigenen Familie nicht prinzipienfest genug, gegen das Verhalten seines Sohnes und seiner Frau Mir-

jana Markovic Sanktionen zu ergreifen; und all dies hatte einen wirklich schädlichen Einfluss auf die Gesellschaft, die Anhänger, die Mitglieder und Verantwortlichen der Sozialistischen Partei selbst.

Dies spielte bei der inneren Erosion eine große Rolle. Und die Bildung der Jugoslawischen Linken (JUL) spielte eine verheerende Rolle. Die JUL stellt sich als eine linke Partei dar, aber nach dem formlosen Eingeständnis von Milosevic selbst wurde diese „linke“ Partei unter den Bedingungen der Sanktionen und der Blockade gebildet. Um diese Blockade zu durchbrechen, musste die jugoslawische Regierung einige Formen der Schattenwirtschaft dulden. Einige Privateigentümer hatten an Funktionäre der Europäischen Union und der NATO Besteckungsgelder zu zahlen. Dadurch gelang es uns, an Öl, Benzin und all das Übrige zu kommen. Aber diese Privateigentümer kamen durch die Schattenwirtschaft zu einem Vermögen. Auf Grund der Überlegung, dass diese Leute, die nun in der Tat zu Kapitalisten wurden, wirklich Gegner der Sozialisten sein werden, befand Milosevic, dass es gut wäre, einen Weg zu finden, sie zu Alliierten zu machen.

Dies zu der Frage, wie die JUL schließlich zustande kam und Milosevics Frau deren Führung übernahm. Im Grunde genommen war dies eine schlechte Idee und, wie verlockend sie auch im ersten Augenblick erschien, auf die Dauer waren ihre Folgen übel, wie man sehen kann.

Diese Leute waren in dieser sogenannten linken Partei, um sich weiter zu bereichern und vielleicht obendrein noch eine politische Position zu erlangen, in der sie ihr Kapital schützen konnten. Natürlich hatte das auf die Sozialistische Partei einen sehr demoralisierenden Einfluss. Und dann veranlasste Milosevic auch noch die Sozialisten, die JUL überall zu fördern, eine Koalition mit ihr einzugehen und bei Wahlen den Vertretern der JUL eine große Zahl von Sitzen zu geben. Jahrelang hat das zu wachsendem Unmut unter Funktionären der Sozialistischen Partei geführt.“

Für die Gegner der bisherigen Parteiführung sind solche Analysen eher nur Nebelkerzen, die von der eigenen Verantwortung für die falsche Politik der SPS ablenken sollen. Tatsächlich, so ist der frühere amtierende Parteichef Borisav Jovic überzeugt, wird Milosevic bei dem Parteitag versuchen, sich auf diese Weise seiner bisherigen engsten Mitarbeiter entledigen, indem er ihnen die ganze Schuld für die fehlgeschlagene Politik der Partei anlastet. Dies soll ihm das Verbleiben an der Parteispitze sichern. Ob diese Taktik gelingen wird, hängt nach Ansicht von Jovic davon ab, wie stark die Forderungen aus der Partei nach einer neuen Führung sein werden. Inzwischen haben bereits mehrere regionale Parteausschüsse den Rücktritt von Milosevic und seinen engsten Mitarbeitern gefor-

dert. Eine Forderung nach einem „Wechsel in der Parteiführung“ hatten auch die Belgrader Sozialisten unter Leitung des früheren Parteisprechers Ivica Dacic gestellt, allerdings ohne Milosevic direkt zu nennen.

Die Parteiführung hat bereits einige Personalwechsel erlebt. Generalsekretärin Gorica Gajevic hat ihr Amt dem Chef der von Milosevic im Vorjahr bestellten Kosovo-Regierung Zoran Andjelkovic, einem langjährigen Vertrauensmann des nunmehr entmachteten Staatschefs, überlassen. Er soll den harten Kern der Sozialisten, zu welchem auch der jugoslawische Vizeministerpräsident Nikola Sainovic gehört, zusammenhalten.

Der frühere Vizevorsitzende der Sozialistischen Partei, Milorad Vucelic, ließ gegenüber der Tageszeitung „Politika“ seine Bereitschaft durchblicken, das Parteiruder zu übernehmen. „Sollte sich die Sozialistische Partei ihrer Führung nicht entledigen, droht ihr die Gefahr, von der politischen Szene zu verschwinden“, warnte Vucelic.

Als Anwärter auf die Parteiführung müssen wohl auch Borisav Jovic und Zoran Lilic angesehen werden. Jovic war der wichtigste Mitarbeiter Milosevics während des Zerfalls Ex-Jugoslaviens und der darauf folgenden Kriegsjahre bis 1995. Nun behauptet er, dass so manche Fehlentscheidung Belgrads in jener Zeit von Milosevic persönlich getroffen worden sei. Lilic war als jugoslawischer Präsident in der Zeitspanne 1993-1997 im Sommer 1994 für Angriffe gegen die bosnischen Serben zuständig. Im Jahre 1997 riet Lilic den Kosovo-Albanern, die einen unabhängigen Staat anstreben, nach Albanien zu übersiedeln. Später soll er jedoch mit dem massiven Polizei- und Militäreinsatz im Kosovo nicht einverstanden gewesen sein. Kurz vor der Präsidentschafts- und Parlamentswahl am 24. September hatte Lilic auch öffentlich seinen Rücktritt von allen Führungspositionen in der Partei bekannt gegeben, ohne Gründe anzugeben. Wie die Auseinandersetzung ausgehen wird, wird wahrscheinlich schon im Vorfeld des Sonderparteitages entschieden. Alles hängt davon ab, wie die neue Koalitionsregierung zwischen der SPS und der bisherigen Oppositionsbewegung DOS zusammengesetzt sein wird. Setzen sich hier die Gegner von Milosevic durch, wird das entscheidend auf den Verlauf des Parteitagen am 25. November wirken.

hav



Warten auf die Konstituierung

Der zweite Versuch?

1992 tauchte in der tschechischen politischen Szene ein Subjekt auf, das sofort die große Aufmerksamkeit der Presse und Öffentlichkeit erweckte. Aufmerksamkeit und – meistens – ablehnende Reaktionen. Die Gründer der Demokratischen Partei Sudetenland (DPS) gaben eindeutig zu erkennen, dass sie die Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft unterstützen. Übrigens: Die Gründung der DPS ist unter Beaufsichtigung der „Berater aus München“ verlaufen und Unterstützung hat auch der damalige Vorsitzende des „Witikobundes“ Walter Staffa geäußert.

Die Demokratische Partei Sudetenland forderte die Aufhebung der sog. „Benes-Dekrete“, die Rückgabe des Eigentums und die Entschädigung der „Sudetendeutschen“, die DPS-Aktivisten suchten die „Gräber der Sudetendeutschen, die durch die Tschechen und vor allem Kommunisten nach dem Krieg ermordet wurden“, auf. Der Höhepunkt der Präsentation der DPS war ein Fernsehinterview mit dem Parteivorsitzenden Blühmel, der sogar mit Terroranschlägen drohte, falls die Forderungen der „Sudetendeutschen“ nicht erfüllt werden. Der Widerstand der tschechischen Öffentlichkeit gegenüber der DPS war schließlich so groß, dass die DPS – auf Hinweis hin aus Deutschland! – ihre Tätigkeit gestoppt hat. Es sei noch bemerkt, dass das Zentrum der DPS die westböhmische Pilsen war.

Anfangs September dieses Jahres meldete die *Sudetendeutsche Zeitung* feierlich: „Neue Partei in CR geht auf Sudetendeutsche zu!“ Das Blatt informierte darüber, dass in Pilsen (!) eine ganz neue politische Partei – die Union für Europa – entstanden ist. Diese Partei, deren Gründer schon an dem diesjährigen Sudetendeutschen Tag teilgenommen haben, will auch bei der Wahl aktiv sein. Die *Sudetendeutsche Zeitung* schrieb dazu: „Der Wahlerfolg der Union für Europa im Herbst d.J. würde eine große Chance für ganz Europa bei der Neubewertung der Vertreibungsdekrete bedeuten“.

In der ersten Presseerklärung der „Union“ heißt es: Die Union für Europa „förderst den Dialog mit den Sudetendeutschen. Sie ist die erste politische Partei in der Tschechischen Republik, die begreift, wie hoch in der Europäischen Union solche Werte wie die Völkerrechte geschätzt werden und dass die Theorie der Kollektivschuld eindeutig abzulehnen ist.“ Und die *Sudetendeutsche Zeitung* belobigt sich: In der Presseerklärung der „Union“ riecht man den frischen Wind und deshalb sollten „die Sudetendeutschen ... mit Sympathie und Solidarität weiter beobachten, wie sich diese Partei entwickelt und wie sie bei den Senats- und Bezirkswahlen ab-

schniedet. Denn die Zahl der Tschechen, die nicht nur in der Sudetenfrage einsichtig, sondern auch der etablierten Parteien überdrüssig sind, wächst ständig.“

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft baut seit 1990 ihr Lobby und ihre „Tochterfilialen“ in der Tschechischen Republik auf. Die Union für Europa ist schon der zweite Versuch der Bildung einer parteipolitischen Basis für die Durchsetzung der Ansprüche und Forderungen der „Sudetendeutschen“, die unter dem Dach der Landsmannschaft organisiert sind. Die Gründer und „Berater“ sind bestimmt durch das Schicksal der Demokratischen Partei Sudetenland belehrt. Ist aber auch die tschechische Öffentlichkeit genügend belehrt?

e.h., Tsch. Rep.

Wie soll sich die Linke zur EU-Osterweiterung stellen?

Die linke Fraktion im Europaparlament hat jetzt versucht, Antworten zu geben. Ein Bericht.

Ansatz und Anstoß für die Diskussion in Brüssel bildete eine Studie, die auf Anregung des PDS-Abgeordneten Hans Modrow erarbeitet worden war.

Die EU, so der Wirtschaftsexperte Prof. Eugen Faude und Dr. Hans Watzek, Landwirtschaftsminister in der Modrow-Regierung, gerate durch die Erweiterung in eine Krise, weil sie das „Jahrhundunternehmen“ ausschließlich als hegemoniales Projekt vorantreibe und der osteuropäische Raum nach den Interessen der dominierenden westeuropäischen Staaten geordnet werde. Das sei von den gleichen Absichten diktiert wie die Ostausdehnung der NATO. Beide Wissenschaftler, maßgeblich an der Ausarbeitung der Studie beteiligt, plädierten nicht zuletzt mit Blick auf die negativen Erfahrungen mit Ostdeutschland dafür, im Beitrittsprozess das Recht auf demokratische Mitwirkung und Mitentscheidung zu sichern, soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt zu rücken.

Stärkste Vorbehalte gegen die Aufnahme neuer EU-Mitglieder äußerten die Vertreter der griechischen Kommunisten. Hauptfrage sei, ob die mittelost-europäischen Länder in der Union besser aufgehoben seien als außerhalb. Da die Linke kein Interesse an der Stabilisierung und der Expansion des Kapitalismus habe, müsse sie die Osterweiterung ablehnen. Herman Schmid von den schwedischen Grünen konstatierte einen wachsenden Widerstand gegen die Erweiterung insbesondere in den Ländern, die sich wie Frankreich oder Deutschland immer als die Vorreiter und Ober-

lehrer der EU aufspielen. Dagegen sei die Meinung in solchen Staaten wie Dänemark oder Schweden, die weniger EU-euphorisch sind, eher positiv. „Die Ost-europäer müssen Bedingungen erfüllen, an deren Definierung sie nicht mitwirken.“ Um dieses Diktat zu lockern, könnte sich das Referendum in Dänemark als hilfreich erweisen – wenn sich die Ost-europäer zu Recht sagten, warum sollen wir uns dem Druck von außen beugen, wo es doch die Dänen auch nicht tun? Werde die Verschiedenheit sinnvoll berücksichtigt, könnten die Beitrete ein Gewinn für die Alt-EU wie für die neuen Mitglieder sein.

Nach Ansicht von Erik Meijer aus den Niederlanden drohten bei einem überhasteten Beitritt ohne Rücksicht auf die historisch gewachsenen Unterschiede erhebliche Spannungen in der Union. „Qualität muss vor Tempo des Beitritts stehen.“ Wenn man bei den Umweltstandards, die in der EU in hartem Kampf durchgesetzt wurden, bei den neuen Mitgliedern ein Auge zudrücken, würde das auch negative Konsequenzen für das bisher Erreichte haben. Freier Zugang von Arbeitskräften könnte soziale Unruhen hervorrufen, die eine Basis für rechtspopulistische Agitation bilden. Sprecher der spanischen und französischen Kommunisten bezeichneten die Demokratisierung als Schlüssel des Beitrittsprozesses, damit die progressiven Kräfte eingreifen können. Der von den Eliten eingeschlagene Kurs der Unterwerfung Osteuropas unter das Diktat des Finanzkapitals und der Multis potenziere die vorhandenen Widersprüche. Deshalb seien neue Formen der Solidarität und der Zusammenarbeit auf allen Ebenen nötig. Im März nächsten Jahres will sich die Fraktion erneut mit linken Parteien und Bewegungen der Beitrittsländer in Brüssel treffen.

Ukraine

Daten eines wirtschaftlichen und sozialen Zerfallsprozesses

Eine neue Studie¹ des IAA² verfolgt die wirtschaftliche Rezession und den Einbruch des Lebensstandards in der Ukraine während des Jahrzehnts nach der Auflösung der Sowjetunion. Der Bericht basiert auf einer Erhebung in 680 Unternehmen, die knapp 600.000 Beschäftigte haben. Ein Grund für die Durchführung solcher Studien ist für die IAO die Aussageschwäche herkömmlicher Daten. „Die herkömmlichen Statistiken zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit verzerrten das Bild und sind irreführend. Die meisten der formal Beschäftigten haben in Wirklichkeit keine Arbeit und viele, die eine Arbeit haben, werden dafür nicht bezahlt.“³ So

waren die Industrieunternehmen der Ukraine 1999 nur zu etwa 44% ausgelastet, während die Auslastung 1995 noch 66% betrug, und mehr als 38% der Unternehmen gaben an, das Produktionsniveau auch mit weniger Beschäftigten halten zu können. Als unmittelbare Wirkung zählt die Studie unter anderem auf, dass 18% der Beschäftigten seit längerer Zeit in unbezahlten Urlaub geschickt wurden, also faktisch arbeitslos sind. Zusätzlich befinden sich mehr als 20% in Kurzarbeit, wovon der Großteil keinerlei Lohn erhält. „Wenn man alle Formen des sichtbaren Arbeitskräfteüberschusses einbezieht, sind praktisch ein Drittel aller Arbeitnehmer entlassen worden, sie werden aber als Beschäftigte gezählt was dazu führt, dass die offizielle Zahl der registrierten Arbeitslosigkeit, die unter 5 Prozent geblieben ist, fragwürdig ist.“³ Ein Grund für diese Form, mit der Unterbeschäftigung umzugehen, dürfte in einer noch nicht gänzlich zerfallenen Funktion der Betriebe liegen, in der neben der Produktions- auch eine soziale Funktion zur Geltung kommt.

Eine weitere Entwicklung sieht der Bericht in einer scharfen Differenzierung und Lohnspreizung unter den Beschäftigten. Insbesondere ein traditionelles System von Zusatz- und Sozialleistungen sei in den Betrieben weitgehend abgebaut worden, wobei diese Leistungen insbesondere in den Niedriglohnbetrieben zusammengestrichen seien. Dies wird als besonders dramatisch beschrieben, da die Zusatzleistungen lange Zeit trotz niedriger Gehlöhne einen egalitären sozialen Schutz boten. Die Löhne unterliegen ebenfalls einem starken Druck und es ist eine Gruppe entstanden, deren Einkommen deutlich unter dem Durchschnittsdienst und auch unter dem Existenzminimum liegt. „Diese Kategorie von Arbeitnehmern entstand durch das neu eingeführte Einkommenssteuersystem, zu dem internationale Finanzorganisationen das Land Anfang der neunziger Jahre ermutigt hatten.“³

Fazit: „Die Ergebnisse der Studie spiegeln den wirtschaftlichen und sozialen Niedergang des Landes wider: Die Wirtschaft ist seit zehn Jahren in der Rezession und der Lebensstandard auf einen Tiefpunkt gesunken.“³ Offensichtlichste Folge: die Bevölkerung ist von 52 auf 50 Mio. gesunken, die Lebenserwartung der Männer liegt heute nur noch bei 62 Jahren und die der Frauen bei 73, wobei auch sie gesunken ist.

rog

1 G. Standing/L. Zsoldos: Workers Insecurities in Ukrainian Industry – The Ukrainian Labour Flexibility Survey. IAA, Social-Economic Security Report, Genf April 2000

2 IAA: Internationales Arbeitsamt, ist das ständige Sekretariat der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO)

3 Zitiert nach: Die Welt der Arbeit – Zeitschrift der IAO; Nr. 35 Juli 2000, S.24-25



Zum Auftakt des dritten Asien-Europa-Treffen (ASEM) der Staats- und Regierungschefs aus den fünfzehn EU-Staaten und zehn asiatischen Staaten protestierten in Seoul mehr als 10000 Menschen gegen die Folgen der Globalisierung. Bei einer Studentendemonstration vor dem Tagungsgebäude ging die Polizei massiv gegen die Protestierer vor. Die Studenten wollten den ASEM-Teilnehmern ein Schreiben übergeben, in dem sie vor dem Ausverkauf der koreanischen Wirtschaft warnten.

Die Loslösung des Kosovo wird vorangetrieben

Der UN-Verwalter von Kosovo, Bernard Kouchner, erklärte am 20. Oktober, er lehne, ganz in Übereinstimmung mit der NATO-Truppe KFOR, die Rückkehr der jugoslawischen Sicherheitskräfte, wie in der UN-Resolution Nr. 1244 vorgesehen, strikt ab. Gemäß dieser Resolution hätten bereits seit Sommer 2000 jugoslawische Polizei und Militäreinheiten in den Kosovo zurückkehren können. Der neue jugoslawische Präsident Kostunica besteht auf Einhaltung der Resolution. Kouchner drohte, dass zurückkehrende Sicherheitskräfte getötet würden. Ähnlich drohte der ehemalige UCK-Chef Thaki an, dass alle jugoslawischen Versuche, ins Kosovo zurückzukehren, einen „neuen Krieg“ entfachen würden.

Derweil forderte eine sog. „Internationale Experten-Kommission“, der unter dem Vorsitz des früheren Chefanklägers des Den Haager Kriegsverbrechertribunals „Experten“ aus elf Ländern angehören, darunter der Ex-Zeit-Herausgeber Th. Sommer, in einer dem UN-General übergebenen Studie die Unabhängigkeit des Kosovo.

Jugoslawien müsse klargemacht werden, dass ein Verbleib des Kosovo im Staatsverband ein steter Auslöser neuer Konflikte sei, droht die Studie. Die „Experten“ wollen die Unabhängigkeit des Kosovo durch zwei Verträge abgesichert sehen: einem zwischen Vertretern der internationalen Gemeinschaft – wer immer das sei – und den verschiedenen Volksgruppen im Kosovo, einem zwischen Kosovo und seinen Nachbarn. Da-

bei dürfe Jugoslawien indes kein Veto-Recht eingeräumt werden.

OSZE muss Suspendierung Jugoslawiens beenden!

Die Vorsitzende der OSZE, die amtierende österreichische Außenministerin Ferrero Waldner, hat die neue jugoslawische Führung aufgefordert, einen Antrag auf Wiederaufnahme in die OSZE zu stellen. Damit zeichnet sich einerseits ein Ende der Blockade ab, andererseits werden die Dinge auf den Kopf gestellt. Zur Erinnerung: Im Mai 1992 verurteilte das damals höchste Organ des OSZE-Vorläufers KSZE Jugoslawien wegen seiner „Aggression gegen Bosnien-Herzegowina“, zwei Monate später setzte dasselbe Gremium die Mitarbeit Jugoslawiens in der KSZE aus. Dabei wandte es das Kon sens-minus-eins-Prinzip an, das ermöglichte, dass die KSZE gegen den Willen eines betroffenen Staates handeln kann. Das Prinzip war allerdings für zwischenstaatliche, nicht für innerstaatliche Konflikte geschaffen worden, die KSZE trieb also die Zerteilung Jugoslawiens voran. Der Suspensionsbeschluss war auch insofern selbsttherrlich, als die Möglichkeit, die Mitgliedschaft eines Teilnehmers auszusetzen, nirgends verankert war. Auch nach dem Konflikt um die Lostrennung Bosnien-Herzegowinas Ende 1995 blieb Jugoslawien von der OSZE ausgeschlossen. Da die OSZE die Mitgliedschaft Jugoslawiens ausgesetzt hat, müsste sie nun die Entscheidung auf Reaktivierung fällen, statt Jugoslawien zu einem entsprechenden Antrag aufzufordern.

Zusammenstellung: hav, sec

DORTMUND/DÜSSELDORF.

Rund 20.000 Menschen beteiligten sich am 21. Oktober in Dortmund an der Demonstration, zu der Bürgerinitiativen, Parteien und Sportvereine unter dem Motto „Fremde sind Freunde“ aufriefen (Bild). Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement gab sich überzeugt, dass es mit einer großen gesellschaftlichen Anstrengung gelingen könne, „die braunen Gespenster aus unserer Vergangenheit wieder aus unserem Land zu vertreiben“. Dazu gehöre auch, dass jetzt ein Verbotsantrag gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht gestellt werde. Kurz darauf zogen etwa 600 Rechtsextremisten durch ein von der Polizei abgesperrtes Innenstadtgebiet. Der Hamburger Neonazi Christian Worch, der die Demonstration angemeldet hatte, prahlte „Je-



des Verbot macht uns stärker und lebendiger.“ – Ausgerechnet mit der Forderung nach „Meinungsfreiheit“ wollen die faschistischen „Freien Kameradschaften“ am 28.10. in Düsseldorf eine bundesweite Demonstration durchführen. Ein breites „Bündnis gegen Rechts“ ruft auf, diesen Nazi-aufmarsch so wie am 22. Mai 1999 in Köln zu verhindern. Die Organisatoren rechnen damit, dass über 20.000 Menschen zur Kundgebung „Düsseldorf gegen rechte Gewalt“ zum Rathaus und Umgebung kommen werden. – Im Kampf gegen Hetze und Fremdenfeindlichkeit wollen auch die Volkshochschulen (VHS) des Landes NRW ihren Beitrag leisten. So werden an der Düsseldorfer VHS ab Anfang 2001 Seminare unter dem Motto „Argumente gegen Stammischparolen“ angeboten.

Demonstration am 18.11.: Keine Reps in Winnenden und anderswo!

WINNENDEN. In dem Aufruf vieler Organisationen und Personen heißt es: „Der Parteidag der rechtsradikalen Republikaner am 18./19. November in Winnenden (Rems-Murr-Kreis) stößt auf entschiedenen Widerstand aus der Bevölkerung. Die Reps stehen für eine Politik, die in Flüchtlingen und Menschen anderer Herkunft und Hautfarbe Sündenbölke für Missstände in unserem Land sehen. Damit bereiten sie den Boden für Brandanschläge und Morde. Sie verharmlosen die Verbrechen des Nazi-Faschismus und torpedieren aktiv die jüngst getroffenen Vereinbarungen zur Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen. Die Kontakte der Reps reichen weit ins neofaschistische Spektrum und zur NPD, was jüngst der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg wieder bestätigte. Die Politik der Reps ist menschenfeindlich und entgegen ihrer eigenen Propaganda reaktionär und unsozial. Sie stacheln auf zum Rassenhass und zur Völkerfeindschaft. Damit vergiften sie die politische Kultur in der Demokratie.“ kbs

An vier Tagen Castor-Proteste im badischen Philippsburg

PHILIPPSBURG/RHEINSHEIM. Vier Tage dauerte die Mahnwache gegen den geplanten Atommüll-Transport in die französische „Wiederaufbereitungsanlage“ La Hague, der ursprünglich für den 18. Oktober vorgesehen war, jedoch von den Behörden kurzfristig ausgesetzt wurde. Die Polizei erteilte gleich am 1. Tag den Kochkollektiven „Maulwurf“ aus Freiburg und „Rahmenplan“ aus den Nieder-

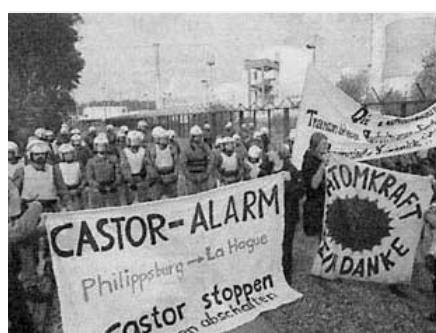
landen ein landkreisweites Kochverbot, um die Versorgung der AKW-GegnerInnen zu verhindern. Etwa 500 aus der Bundesrepublik und Frankreich angereiste AtomkraftgegnerInnen blockierten am 18. Oktober für insgesamt drei Stunden in mehreren Aktionen die Hauptzufahrt des AKW. Sie forderten die sofortige Schließung des Kraftwerks, das am eigenen Atommüll zu ersticken droht. Nachdem die Polizei einem Demonstrationszug den Weg zur angemeldeten Mahnwache vor dem Haupttor des AKW versperrt hatte, ließen sich die etwa 250 TeilnehmerInnen auf der Straße nieder und weigerten sich, diese zu verlassen. Bei der anschließenden Räumung der gewaltfreien Sitzblockade wurden insgesamt 114 AktivistInnen in polizeilichen Gewahrsam genommen. Am Tag darauf beschlagnahmte die Polizei das komplette Materiallager der Kampagne „X-tausendmal quer“ im Wert von mehreren zehntausend Mark, darunter Computer, Handys, Stromgeneratoren, Lautsprecher, Großzelte und Infomaterial. Auch gegen diese Aktion, mit der anscheinend ein Exempel statuiert werden sollte, werden juristische Schritte unternommen. Die Kampagne „X-tausendmal quer“

ruft zu einer großen gewaltfreien Sitzblockade gegen den nächsten Castor-Transport auf. Die AtomkraftgegnerInnen, die Philippsburg am Mittwochabend größtenteils wieder verlassen haben, bleiben weiterhin in Alarmbereitschaft. Sie rechnen bereits in den nächsten Tagen oder Wochen mit einem erneuten Transporttermin. Für diesen Fall wird eine noch größere Beteiligung an den Protestaktionen erwartet.

www.UmProWe-Freiburg.de

Ein Zapfenstreich ruinierte den ersten Tag an der Universität

POTSDAM. Das Wintersemester 2000/01 begann für die 12.000 StudentInnen der Universität Potsdam und besonders für die ca. 2.000 StudiumsanfängerInnen als Desaster. Der Studienbeginn fiel zusammen mit dem Zapfenstreich der Bundeswehr. Der Campus am Neuen Palais glich schon am Wochenende einem militärischen Sperrgebiet. Ab Montag um 12 Uhr waren dann die Häuser 9 und 11, in denen sich die Bibliothek befindet, gesperrt. Ab 16 Uhr wurde es – entgegen anders lautender Mitteilungen in der Presse – allen Studierenden durch die Polizei untersagt, das Gelände am „Neuen Palais“ zu betreten. Dieser Blockade fielen viele Veranstaltungen zum Opfer, die Mensa, das Computerkabinett usw. konnten nicht genutzt werden. „Weder die Studierenden noch der Allgemeine StudierendenAusschuss (AStA) erhielten eine Benachrichtigung, was an diesem Tag passieren würde“, so Helge Weidenbach (AStA-Referent für Soziales). „Einige der neu immatrikulierten ausländischen Studierenden waren von der absolut übertriebenen Polizeipräsenz dermaßen



abgeschreckt, dass sie in ihrer ersten Reaktion überlegten, ob sie überhaupt in Potsdam studieren wollen.“ Sven Brödöö, AStA-Referent für Internationales, fasst die Kritiken zusammen: „Während die PolitikerInnen bei einer veralteten Jubelfeier, die in einer fragwürdigen historischen Kontinuität steht, anwesend sind und viel Geld für den Polizeischutz der Veranstaltung ausgeben, können StudentInnen am ersten Tag des Semesters nicht auf das Universitätsgelände und müssen im nächsten Jahr noch 100 Mark in die Landeskasse zahlen.“

www.ast.uni-potsdam.de

Kölner Entscheidung für Zustiftung ist eine Trendwende

KÖLN. Die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft hat in den letzten Wochen im fremden Terrain der öffentlichen Betriebe gewildert und 34 Stadtwerke dazu bewegt, in den Anteil der Wirtschaft am Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter einzuzahlen. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Politik in Köln. Auf der Ratssitzung am 7. September lag zunächst ein Verwaltungsantrag vor, der sich für eine Zustiftung, also für einen eigenen kommunalen Beitrag in Höhe von 3,1 Mio DM in den Fonds, aussprach. Auf Drängen der CDU wurde dieser vertragt. Anfang Oktober erarbeitete Stadtkämmerer Böllinger (SPD!) dann eine Vorlage, nach der die 3,1 Mio DM in den Anteil der Wirtschaft eingezahlt werden sollten. Grüne und PDS protestierten da-

gegen sofort und vernehmlich, ebenso viele Organisationen in Köln. Die Presse berichtete. Die SPD schloss sich schließlich an. Es entstand so viel Druck, dass die Ratsmehrheit klein beigegeben musste. Dazu kam, dass der fast gleichzeitige Vorstoß von BDI-Chef Henkel für ein neues Entschädigungsgesetz, nach dem die kommunalen Betriebe der Wirtschaft zugeschlagen werden sollen, auf Bundesebene von allen Parteien abgelehnt wurde. Auf der Ratssitzung am 19. Oktober wird dann mit einer Gegenstimme (der Reps!) beschlossen: die kommunalen Betriebe werden eine Zustiftung zum Fonds leisten. Auch der Fraktionsführer der CDU, Rolf Biermann meint nun: „Es ist ganz klar, dass wir mit dem Geld der kommunalen Unternehmen nicht die Leistungen der privaten Wirtschaft entlasten dürfen.“

Dieser Beschluss wird eine Signalwirkung auch für andere Städte haben. Die Kölner Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (PDS) setzt sich parallel auf Bundesebene dafür ein, dass die 34 Stadtwerke, die in den Wirtschaftspool eingezahlt haben, in den Gesamtfonds umgebucht werden. Die Stadträte finden damit eine gute Unterstützung, sich für kommunale Zustiftungen einzusetzen. Deutlich wird auch, dass sich die Wirtschaft nur mit erheblichem öffentlichen Druck zu Zahlungen bewegen lässt. In Köln haben z.B. 27 von 39 Unternehmen, die nachweislich Zwangsarbeiter beschäftigen, nicht in den Fonds eingezahlt.

Info: www.pds-koeln.de

Zweite Armutskonferenz am 18. und 19. November in Berlin

BERLIN. Es finden viele Armutskonferenzen statt. Diese soll eine andere Betrachtungsweise haben: die der Betroffenen! Bereits im Vorfeld tagten einige Arbeitsgruppen. Die Ergebnisse werden auf der Konferenz vorgestellt: AG Armutsgroßbezirk Friedrichshain/Kreuzberg – AG Armut und Repression – AG MigrantInnen – AG Alter und Armut – AG Selbstorganisiertes Überleben – AG Sozialer Widerstand – AG Familie und Jugend – AG Armut und Psychiatrisierung. www.nadir.org/nadir/initiativ/fels/laden

28.10.: Für demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte

FRANKFURT/M. Mit einer Veranstaltung am 28.10. will das *Netzwerk für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte* den Auftakt für eine Kampagne geben. Sie beginnt um 10 Uhr mit einer Aktion von der Börse. Ab 11 Uhr gibt es drei Referate: Warum brauchen wir eine Kontrolle der Finanzmärkte? (Friedhelm Hengsbach, O.v. Nell Breuning Institut Frankfurt), Funktionsweise, Ziele und Grenzen einer Devisenhandelssteuer/Tobin-Steuer (Jörg Huffschmid, Uni Bremen), Das Netzwerk – Ziele, Rückblick und Ausblick (Anja Osterhaus, Kairos Europa). Ab 14.30 finden Arbeitsgruppen statt zur Kampagne für eine Tobin-Steuer im Rhein-Main-Gebiet. Abschlussplenum um 16.30 Uhr.

Demonstration gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn am 14. Oktober in Leipzig

LEIPZIG. Am 14. Oktober demonstrierten ca. 3.000 Menschen in der Innenstadt unter nebenstehend abgebildetem Motto. „Wir werten die hohe Beteiligung als Erfolg und als ein politisches Zeichen gegen die zunehmende Einschränkung politischer Handlungsmöglichkeiten“, so Ulli Schubert, Pressesprecher der Kooperation. Die Kooperation vom Bündnis gegen Rechts und Antifaschistischem Frauenblock verurteilt die Kriminalisierung im Vorfeld und während der Demonstration. In ihrem Bericht heißt es: „Durch die Demonstration wurden gesellschaftliche Probleme wie Überwachung, Privatisierung öffentlicher Räume, Einschränkung politischer Handlungsmöglichkeiten und Repression gegen



Minderheiten thematisiert. Aktuellstes Beispiel für die Entdemokratisierung ist der Umgang mit dieser Demonstration. An allen von uns kritisierten Punkten zeigte die Stadt Leipzig exemplarisch, warum unser Anliegen berechtigt und notwendig ist. Obwohl wir die Überwachungsgesellschaft kritisieren, wurden extra für heute in der Innenstadt über 10 weitere Videokameras installiert. Auch die versuchte Verbannung aus der Innenstadt zeigt das mangelnde Grundrechtsverständnis der Leipziger Behörden. Rechtswidrig wurden Konsuminteressen gegen die Durchführung einer politischen Demonstration angeführt. Es herrscht die Tendenz, unliebsame Aktivitäten und Personengruppen aus den Innenstädten zu entfernen und diese als reine Konsummeilen auszubauen. Dazu trägt auch die städtebauliche Umgestaltung der City bei.“ www.free.de/antifa-leipzig



**Kein Mensch ist illegal
lässt sich nicht einschüchtern**

Lufthansa AG will kritische Kunst verbieten

Lufthansa AG will kritische Plakatkunst aus dem Internet verbannen. Doch die AktivistInnen von „kein mensch ist illegal“ lassen sich nicht einschüchtern. Internetanbieter aus aller Welt wollen nun die Webseiten mit Grafiken zur „Deportation Class“ spiegeln.

(18.10.2000) „kein mensch ist illegal“ hat sich dem Druck der Lufthansa nicht gebeugt. Am vergangenen Montag lief ein Ultimatum ab, das der Luftfahrtkonzern den AbschiebegegnerInnen gestellt hatte: Anwälte der Deutsche Lufthansa AG forderten von einem Aktivisten von „kein mensch ist illegal“ sowie der „Kölner Stadtrevue“, bis zum 16. Oktober eine „Unterwerfungserklärung“ zu unterzeichnen und sich darin zu verpflichten, eine Plakat-Ausstellung zu löschen, die sich unter anderem auch auf Webseiten der Stadtillustrierten „Kölner Stadtrevue“ befindet.

Die inkriminierten Plakate werden seit Mai sowohl im World Wide Web, <http://www.stadtreve.de/kmii/frame/pla00.htm>, als auch im Rahmen einer Wanderausstellung präsentiert. KünstlerInnen aus ganz Deutschland hatten sich Anfang dieses Jahres an einem Plakatwettbewerb beteiligt, den „kein mensch ist illegal“ ausgeschrieben hatte, um sich kritisch mit der Rolle der Lufthansa AG bei Abschiebungen auseinanderzusetzen. Die Ausstellung mit den prämierten Entwürfen ist in ganz Deutschland sowie verschiedenen europäischen Ländern unterwegs und wird zur Zeit im Kunsthause Exnergasse in Wien gezeigt.

In einem am 9. Oktober eingegangenen Schreiben behaupten die Anwälte der Lufthansa AG, die Verwendung der für ihren Mandanten typischen Farben und seines eingetragenen Warenzeichens sei rechtswidrig. Außerdem führen sie an, Lufthansa werde in eine Ecke mit Rassisten und Rechtsextremisten gestellt. Als Streitwert wurde eine Viertelmillion Mark festgesetzt. Bei „Zuwiderhandlung“ drohen den Beklagten jeweils 10.100 Mark Vertragsstrafe. Für Jan Hoffmann, Sprecher von „kein mensch ist illegal“, stellt diese Drohung einen leicht zu durchschauenden Einschüchterungsversuch dar. Hoffmann spricht von einem „dreisten Angriff auf die Freiheit der

Kunst“. Mit zahlreichen Aktionen auf Flughäfen, in Reisebüros und im Internet macht „kein mensch ist illegal“ seit März dem Konzern schwer zu schaffen.

Unter dem provokativen Slogan „Deportation.Class – Gegen das Geschäft mit Abschiebungen“ fordern die AktivistInnen, dass die Lufthansa diesen Geschäftsbereich aufgebe und keine Zwangspassagiere mehr befördere. Anlass für die Aktionen, die große öffentliche Aufmerksamkeit fanden, war der Tod des Sudanesen Aamir Ageeb, der im Mai 1999 an Bord einer Lufthansamaschine gewaltsam zu Tode kam. Im Juni 2000 war die jährliche Aktionärsversammlung der Lufthansa AG von Protesten überschattet.

„Wir gehen davon aus, dass die Gespräche der Lufthansa mit der Bundesregierung mitnichten über einen Ausstieg aus der Deportation.Class geführt wurden, wie Lufthansa-Chef Weber dies auf der Hauptversammlung im Juni angekündigt hatte. Stattdessen wurde wohl abgesprochen, die Kampagne mundtot zu machen“, sagt Jan Hoffmann von „kein mensch ist illegal“. Er verfüge über vertrauliche Informationen, wonach es bei sogenannten „Problem-Abschiebungen“ in den letzten Monaten vermehrt zu Schwierigkeiten gekommen sei, so dass Abschiebungen wiederholt abgebrochen werden mussten.

„kein mensch ist illegal“ kündigt an, die Abschiebepraxis des Konzerns auch auf internationaler Ebene noch intensiver zu beobachten. Mit spektakulären Aktionen soll zudem der öffentliche Druck auf die Lufthansa verstärkt werden. Gleichzeitig werden Flüchtlinge über ihre Möglichkeiten Widerstand gegen ihre Abschiebung zu leisten, informiert.

Zur Unterstützung der vom Verbot bedrohten Ausstellung ist inzwischen eine internationale Allianz ins Leben gerufen worden. Nur wenige Stunden, nachdem das anwaltliche Schreiben der Lufthansa eintraf, haben sich Dutzende von Internetprovidern, vor allem in Nordamerika, spontan bereit erklärt, der Ausstellung „politisches Asyl“ zu gewähren.

„Die Einleitung gerichtlicher Schritte wird zu nichts anderem als zu einer weiteren Verbreitung konzernkritischer Inhalte führen“, sagt Jan Hoffmann von „kein mensch ist illegal“. Die Lufthansa AG solle sich besser um ihr angekratztes Bild in der Öffentlichkeit – nicht zuletzt im Ausland – sorgen, statt KritikerInnen der Abschiebepraxis mit horrenden Schadensersatzforderungen zu bedrohen. „Der Konzern muss die Abschiebungen in der Deportation.Class stoppen – nicht die Ausstellung!“

kein mensch ist illegal – Bundesweites Netzwerk Post: c/o FFM, Gneisenaustrasse 2a, 10046 Berlin Telefon: 0172/8910825, Telefax: 06181/184892 e-mail: grenze@ibu.de, <http://www.contrast.org/borders/kein> – Weitere Informationen auch: <http://www.deportation-alliance.com/lh> oder unter der Telefonnummer: 0172-8910825 <http://www.nadir.org/nadir/aktuell>

Der Vorstoß des Fraktionsvorsitzenden der Union, März, der im Bundestagswahlkampf den Begriff einer deutschen Leitkultur plazieren will, zeigt, wie gefährdet die öffentliche Meinung ist, die im Augenblick gegen Faschismus und Rassismus besteht. Antirassistische Aktionen wie die Aufklärung über die Abschiebungswirklichkeit bei der Lufthansa geraten unter Kriminalisierungsdruck. Die Residenzpflicht entfaltet tagtäglich ihre repressive Wirkung, und nur selten gelingt es, die damit verbundenen Vorfälle auch nur zu problematisieren. Der Unionsvorstoß in Sachen Leitkultur gibt den staatlichen Instanzen, die in die Abschiebe- und Internierungsverbrechen verstrickt sind, Legitimation und Rückendeckung undmuntert die Faschisten auf zu weiteren Untaten.

Zwei Frauen aus Togo nach Sprung aus dem Fenster schwer verletzt

Opfer menschenunwürdiger Flüchtlingspolitik

In zwei Zeitungsartikeln der Hamburger Morgenpost sowie von Bild-Hamburg vom 9. Oktober 2000 wird über den Unglücksfall von zwei Flüchtlingen aus Togo berichtet. In den Artikeln werden die Flüchtlinge als „illegal“ bezeichnet und die Hintergründe des Unglücksfalles werden nur oberflächlich und verfälschend dargestellt. Daher möchten wir als African Refugees Association folgendermaßen zu den Ereignissen Stellung beziehen:

Zwei Vorstandsmitglieder der African Refugees Association sind Opfer der rassistischen und menschenunwürdigen Flüchtlingspolitik in Hamburg geworden. Aus Angst wegen eines Verstoßes gegen die sogenannte Residenzpflicht sprangen am Abend des 7. Oktober 2000 zwei Vorstandsmitglieder der African Refugees Association aus dem 4. Stock eines privaten Wohnhauses in Hamburg (Stadtteil Dulsberg). Grund für den Sprung aus dem 4. Stock war die Angst vor der Polizei, die vermeintlich an der Wohnungstür geklingelt hatte und in die Wohnung eindringen wollte.

Die zwei Frauen waren alleine in dieser Wohnung. Sie besaßen gültige Aufenthaltspapiere für die Bundesrepublik Deutschland als Asylsuchende aus Togo, allerdings sind sie in einem anderen Bundesland als Flüchtlinge registriert. Teil der menschenverachtenden Flüchtlingspolitik in Deutschland ist die Auflage, dass Flüchtlinge sich nur in dem Landkreis aufhalten dürfen, in dem sie ihren Asylantrag gestellt haben. Aber selbstverständlich gibt es viele Gründe, weshalb es für afrikanische Flüchtlinge notwendig sein kann, sich kurzfristig auch in Hamburg aufzuhalten. Ein Grund ist die Tatsache, dass beide ihre Rechtsanwältin in Hamburg haben. Hinzu kommt, dass in Hamburg der Sitz der African Refugees Association ist, dessen Vorstandsmitglieder die beiden Frauen sind.

Aus Angst vor einer möglichen Personenkontrolle und den damit verbundenen Schikanierungen durch die Polizei und vor ausländerrechtlichen Konsequenzen – aufgrund der menschenverachtenden Residenzpflicht für Flüchtlin-

ge – haben sich die beiden Frauen kurzfristig dazu entschlossen, einfach aus dem Fenster zu springen.

Eine der Frauen hat mehrere Wirbelbrüche erlitten, allerdings wurde das Rückenmark nicht beschädigt, so dass wir auf eine baldige Genesung hoffen dürfen. Die zweite Frau hat eine Fraktur der Wirbelsäule davongetragen und muss davon ausgehen, ihr Leben im Rollstuhl zu verbringen.

Dies ist nicht der erste und einzige derartige Vorfall. Vor einigen Monaten stürzte sich ein Kongolese aus dem Kreis Pinneberg aus dem 4. Stock, als nachts um 4.00 Uhr die Polizei klingelte. Und im Juni 1996 ertrank der Sierra Leoner Jude A., als er aus Angst vor der Polizei, die an die Tür klopft, von einem Schiff in Hamburg (welches als Flüchtlingsunterkunft genutzt wurde) in die Elbe sprang. Auch diese beiden Flüchtlinge hatten nur gegen die Residenzpflicht verstoßen.

Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen und aufgrund einiger fehlerhafter Pressemeldungen der letzten zwei Tage möchten wir folgende Erklärungen an die Öffentlichkeit weitergeben:

- Wir sind mit unseren Gedanken bei den beiden Frauen, die im Vorstand der African Refugees Association wichtige Positionen bekleiden (verantwortlich für die Bereiche: Menschenrechte bzw. Arbeit/Ausbildung) und im Kampf für die Rechte von Flüchtlingen aktiv sind.

- Wir hoffen auf eine schnelle Genesung nach den schwerwiegenden Verletzungen aufgrund des Sturzes aus dem Wohnhaus und verlangen eine umfassende medizinische Versorgung und Rehabilitationsmaßnahmen.

- Wir bitten um eine menschenwürdige Berichterstattung in den Medien zu diesem Unglücksfall und werden alle Formen der Beleidigung und Verunglimpfung unserer Schwestern mit Nachdruck bekämpfen.

- Wir fordern die sofortige Aussetzung von ausländerrechtlichen Maßnahmen, die gegen die beiden schwerverletzten Frauen eingeleitet werden könnten.

- Wir fordern eine Abschaffung sämtlicher menschenverachtender und rassistischer Gesetze und eine Beendigung der alltäglichen schikanösen Polizeikontrollen.

Hamburg, 11. Oktober, **African Refugees Association, UnterstützerInnen:** Komitee zur Verteidigung der Rechte von Flüchtlingen; SOS Struggles of Students e.V.; Black Students Organisation e.V.; Flüchtlingsrat Hamburg; SOKONI e.V.; Cameroon Student Parliament in Exil



„Residenzpflicht“ auf der Anklagebank

Worbis. Das Verfahren gegen Cornelius Yufanyi vor dem Amtsgericht Worbis muß ganz neu aufgerollt werden. Nach etwa zweistündiger Verhandlung brach die Richterin den Prozeß ab, weil erkennbar wurde, daß der einzige Zeuge der Anklage auf keinerlei eigene Erkenntnisse zurückgreifen konnte.

Etwa 80 Menschen versammelten sich am 12.10. vor dem Gebäude des Amtsgerichtes zu einer Protestkundgebung gegen die sog. Residenzpflicht und zur Unterstützung des Angeklagten. Sie wurden mit einem übertriebenen Sicherheitsaufwand konfrontiert: martialisch ausgerüstete Polizeieinheiten im Hinterhof, Leibesvisitationen aller Prozeßbesucher und Zivilpolizisten in der kompletten ersten Reihe im Prozeßsaal. Doch im Verfahren selbst stand vor allem die Residenzpflicht selbst auf der Anklagebank. Etwa 40 UnterstützerInnen konnten im Prozeßsaal Platz finden, sie ließen sich trotz dauernder Ermahnungen seitens der Richterin nicht von Beifallsäußerungen für den Angeklagten und seine Verteidiger abhalten.

Ein Rechtsanwalt von Herrn Yufanyi hatte zunächst eine Überprüfung des die Residenzpflicht begründenden Gesetzes durch das Bundesverfassungsgericht verlangt. Die Aufenthaltsbeschränkung für Asylbewerber widerspreche eindeutig dem Grundgesetz in mehrfacher Hinsicht und sei insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Situation ständiger rassistischer Übergriffe nicht aufrechtzuerhalten.

Die Richterin lehnte den Antrag zwar ab, doch auch in der Folge gab es im Gerichtsaal nur ein Thema: die diskriminierenden Auswirkungen der Residenzpflicht und die schikanöse Umsetzung durch die Ausländerbehörde. Ein Vertreter der für Herrn Yufanyi zuständigen Ausländerbehörde war als Zeuge der Anklage geladen. Doch er hatte die Information, daß Herr Yufanyi ohne entsprechende Reiseerlaubnis zu einem Flüchtlingskongress nach Jena gefahren sei, lediglich einem Zeitungsartikel entnommen und war vor allem mit der Willkürlichkeit seiner Erlaubnisvergabe konfrontiert. Unmittelbar nach der Verhandlung wurden weitere Proteste gegen die Fortsetzung des skandalösen Prozesses angekündigt. Abschließend wurde eine kleine Demonstration durch Worbis durchgeführt.

Weitere Informationen: Cornelius Yufanyi, Mitglied der afrikanischen Menschenrechtsgruppe TheVoice und Koordinator der Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen in Kamerun Tel.: 0170/8788124, Rechtsanwalt Ulrich von Klinggräf, Tel.: 030/25293337, Hagen Kopp (Initiative „kein mensch ist illegal“) Tel.: 0172/6688454

PDS-Ratsgruppe über Internetseite der Stadt erreichbar KÖLN. Die PDS Offene Liste im Rat der Stadt Köln kann man jetzt auch über die städtischen Seiten im Internet erreichen. Seit einem Jahr hatte sich die Stadt geweigert, die PDS unter der Rubrik „Fraktionen im Rat“ zu führen mit dem Hinweis, sie habe keinen Fraktionsstatus. Nachdem die Ratsgruppe einen Rechtsanwalt einschaltete und eine Klage ankündigte, lenkten die Fraktionsgeschäftsführer ein. In Zukunft heißt die Rubrik „Fraktionen und Gruppen“ im Rat. „Immer wieder müssen wir um die Gleichstellung im Rat kämpfen. Das ist jetzt für uns ein kleiner Erfolg“, erklärte Ratsmitglied Jörg Detjen. Im März hatte die Ratsgruppe verschiedene Vorschläge zur Verbesserung der städtischen Internetseiten gemacht. Viele dieser Vorschläge sind umgesetzt worden: Das Ratsprotokoll ist jetzt auch verfügbar, alle Ratsmitglieder können ihre Homepage angeben und alle Ausschussmitglieder werden geführt. Die Homepage der PDS-Ratsgruppe lautet: www.pds-koeln.de.

E-Mails in der Warteschleife HAMBURG. Nicht jedes bundesdeutsche Stadtoberhaupt nimmt in der Praxis die neuen technischen Kommunikationsmöglichkeiten wirklich ernst. Das ergibt sich aus einer Umfrage der Unternehmensberatung „Mummert + Partner“ unter den Oberbürgermeistern der 54 größten deutschen Städte. Danach beantworten immerhin fünfzig Prozent der Stadtoberen Bürgeranfragen per e-mail innerhalb einer Woche. Doch 17 Prozent reagieren überhaupt nicht darauf. Und in zehn Prozent der Fälle kommt die e-mail mit einer Fehlermeldung an den Absender zurück.

Betriebsprüfungen und Gewerbesteuer FRANKFURT/M. Aus einem Kämmereri-Bericht geht hervor, dass die über den Erwartungen liegenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer im laufenden Haushalt vor allem auf Nachzahlungen beruhen, die durch Betriebsprüfungen – u.a. bei Großbanken – ermöglicht wurden: Während ursprünglich Einnahmen von 1,9 Mrd. DM veranschlagt waren, wird jetzt mit 2,5 Mrd. DM gerechnet. Erneute Verschlechterungen sind allerdings schon absehbar: Der sog. Härtefonds, der nach der Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer eingerichtet wurde, fällt demnächst weg. Außerdem hat die Stadt im Zuge der Steuerreform eine erhöhte Gewerbesteuerumlage an Bund und Land abzuführen.

Aufklärung über Mobilfunk MÜNCHEN. Für eine schnelle und objektive Information der Bürger über mögliche Gesundheitsgefahren durch den Mobilfunk hat sich der Vorsitzende des Bayer. Städetags, OB Josef Deimer, ausgesprochen.

In zahlreichen Städten und Gemeinden gibt es Bürgerinitiativen und Protestversammlungen gegen die Sendeanlagen. Die Kommunalverwaltungen würden oftmals zum „Prellbock“, obwohl sie in das Genehmigungsverfahren für die Sendeanlagen nicht eingebunden sind. Nur für Antennen, die höher als 10 Meter sind, braucht der Mobilfunkbetreiber eine Baugenehmigung. Der Städetag fordert hier eine rechtzeitige Information. Außerdem verlangt er, dass die Mobilfunkbetreiber sich abstimmen und Antennenstandorte gemeinsam nutzen: Der Rückzug auf das Argument „Das geht zur Zeit technisch nicht“ darf kein Freibrief sein, künftig die Städte mit Antennenwäldern zu überziehen.

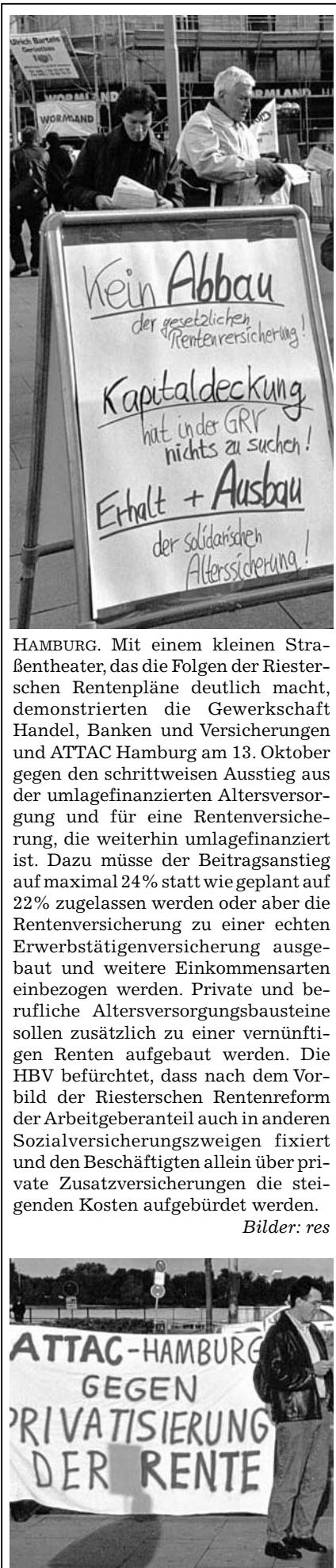
Keinen Strombezug aus Temelin

MÜNCHEN. Die Ankündigung des Energiekonzerns E.ON, einige Kraftwerke in Deutschland stillzulegen und zukünftig 40% des Stromes aus Tschechien zu beziehen, wird auch den Münchner Stadtrat beschäftigen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste fordert in einem Antrag, die Stadtwerke sollten den Fremdstrombezugsvertrag mit E.ON kündigen bzw. nicht mehr verlängern, wenn sich E.ON nicht verbindlich erklärt, keinen Strom aus dem AKW Temelin zu kaufen und an die Stadtwerke zu liefern. Fraktionschef Siegfried Benker erinnerte daran, dass sich der Stadtrat einstimmig gegen die Inbetriebnahme des AKW Temelin in Tschechien ausgesprochen habe, weil die Sicherheitsstandards Temelins weit unter den vorgeschriebenen Sicherheitsstandards der Internationalen Atomaufsicht liegen.

Stadtwerke warnen vor Stromriesen

BERLIN. Die Stadtwerke haben sich trotz des scharfen Wettbewerbs im Energiemarkt gut behaupten können, nur wenige private Kunden seien bislang zur Konkurrenz gewechselt, teilte der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) mit. Lediglich ein bis drei Prozent der privaten Haushalte hätten ihrem Stadtwerk den Rücken gekehrt. Die Prognose, dass von den rund 1000 kommunalen Energieversorgern max. 50 bis 100 überleben würden, habe sich nicht erfüllt. Scharf kritisierte der VKU die Energiekonzerne, die ein Oligopol anstreben. In- und ausländische Konzerne böten exorbitante Summen, um bei Stadtwerken einsteigen zu können. Es bestehe die große Gefahr, dass diese dann zu Verkaufsstellen der Großen degenerierten. Spurlos ist die Strom-Konkurrenz an den Stadtwerken nicht vorbei gegangen. Der ruinöse Preiskampf hat bei ihnen zu durchschnittlichen Ertragseinbrüchen von 20 bis 30 Prozent geführt. Besonders betroffen sind die kommunalen Versorger, die über eigene Kraftwerke verfügten.

Zusammenstellung: baf



HAMBURG. Mit einem kleinen Straßentheater, das die Folgen der Riester-schen Rentenpläne deutlich macht, demonstrierten die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen und ATTAC Hamburg am 13. Oktober gegen den schrittweisen Ausstieg aus der umlagefinanzierten Altersversorgung und für eine Rentenversicherung, die weiterhin umlagefinanziert ist. Dazu müsse der Beitragsanstieg auf maximal 24% statt wie geplant auf 22% zugelassen werden oder aber die Rentenversicherung zu einer echten Erwerbstätigenversicherung ausgebaut und weitere Einkommensarten einbezogen werden. Private und berufliche Altersversorgungsbausteine sollen zusätzlich zu einer vernünftigen Renten aufgebaut werden. Die HBV befürchtet, dass nach dem Vorbild der Riester-schen Rentenreform der Arbeitgeberanteil auch in anderen Sozialversicherungszweigen fixiert und den Beschäftigten allein über private Zusatzversicherungen die steigenden Kosten aufgebürdet werden.

Bilder: res

Rentenpolitik: IGM-Aktionstag Stuttgart

Mobilisierung mit Hindernissen

STUTTGART. Die Gewerkschaften tun sich untereinander wie auch intern mit der Entwicklung ihrer Positionen zu einer Renten-reform und dann auch mit der Mobilisierung schwer. Die Bandbreite der Vorstellungen reicht von der stillschweigenden Anlehnung an die Regierungspläne über „kein System-bruch und nicht so radikale Absenkung“ bis zu Vorstellungen von grundlegenden Reformen. Entsprechend bewegen sich die Aktivitäten von Stillhalten über interne Veran-staltungen bis zu öffentlichen Aktionen. Die IG Metall im Raum Stuttgart hatte für den 21. Oktober zu einer Kundgebung im Saal mit Klaus Zwickel nach Sindelfingen-Maichingen eingeladen, zu der schätzungsweise 600 Funktionäre kamen.

Die von vornherein recht geladene Stim-mung kam schon in einem Flugblatt kri-tischer Funktionäre „Auf die Straße ge-gegen Renten-Demontage“ und weiter in diversen Transparenten zum Ausdruck, die sich teils nach außen richteten (z.B.: Riester-Reform = Altersarmut; Rente ist keine Privatsache; Armut bekämpfen, Reichtum umverteilen; Lohnformel ist am Ende – Wertschöpfungsabgabe muss in die Rente!), aber auch nach innen (z.B.: Lohnfortzahlung '96 – schon vergessen, Kollege Zwickel?; Raus aus dem Stillhal-te-Bündnis!).

Friedhelm Hengsbach über Gerechtigkeit

Als wissenschaftlicher Referent war Pro-fessor Friedhelm Hengsbach aus der Tra-dition der katholischen Soziallehre ein-geladen, der sich mit dem Gerechtig-keitsbegriff auseinander setzte. Er ent-wickelte seine Kritik an einer Grund-satzrede von Wolfgang Clement, der Ge-rechtigkeit nur noch als Gleichheit der Chancen, nicht mehr als Anspruch auf Gleichheit in den Ergebnissen definiert habe. Wenn man aber behauptete, dass sich Ansprüche aus den Leistungen der Men-schen ableiten sollen, dann müsse man auch fragen, was die Gesellschaft vorab (über Bildung usw.) schon geleistet habe, damit jemand Leistungen erbringen kön-ne. Gerechtigkeit müsse vielmehr stark als Bedarfsgerechtigkeit definiert wer-den, Beteiligung sei der Kern von Ge-rechtigkeit. Voraussetzung dafür sei eine faire Verteilung von Einkommen und Ver-mögen. Vor diesem Hintergrund übte Hengsbach Kritik an der Lohnformel des Bündnisses für Arbeit ..., nach der die Produktivitätssteigerung den Rahmen von Einkommenserhöhungen bilden soll. Die Gewerkschaften lieferten sich hier der Argumentation von Sachverständi-genrat und Bundesbank aus und würden in ihrer Einkommenspolitik dann der Ge-winnentwicklung hinterher hecheln.

Weiter setzte er sich mit der Forderung auseinander, die Finanzmärkte müssten

heute das entscheidende Steuerungs-instrument sein (Breuer von der Deutschen Bank: Finanzmärkte sind genauere Sen-soren als Parlamentswahlen). Hengsbach entgegnete, dass die Finanzmärkte alles andere als ausgewogen, sondern vielmehr durch Schieflagen infolge der Machtver-hältnisse zwischen Investorengruppen und Währungen geprägt seien.

Ob die Demokratie, die eigentlich mit dem Kapitalismus unvereinbar sei, heu-te noch eine Chance habe? Beteiligung in Form von Mitbestimmung sei das Min-deste. Aber wo könne Beteiligung heute überhaupt ansetzen angesichts von Ent-wicklungen wie „Arbeitnehmer als Unternehmer“, „Vertrauensarbeitszeit“, innere Lenkung durch Arbeitnehmer sel-ber usw.? Sie müsse wohl an den indi-viduellen Wünschen der Arbeitnehmer an-setzen, und es müsse sich erst der Lei-densdruck verschärfen, bis die Selbst-ausbeutung mit ihren Folgen spürbar werde.

Bezüglich der angeblichen „Genera-tionengerechtigkeit“ der Rentenreform nannte er „fünf ökonomische Legenden“, die er kritisierte, leider nur sehr kurz und schlaglichtartig:

- Das bestehende Rentenniveau sei künftig nicht mehr finanziert. – Tatsächlich sei die Bundesrepublik reicher denn je.
- Die Lohnnebenkosten müssten gesenkt werden. – Tatsächlich gebe es nach wie vor laufend Exportüberschüsse und wirt-schaftliche Erfolge.
- Die Sozialversicherungsbeiträge müssten im Interesse von Arbeitsplätzen nie-drig gehalten werden. – Diesen Zu-sammenhang gebe es nicht, auch nicht empirisch belegt.
- Die Schieflage zwischen den Genera-tionen müsse korrigiert werden. – Tat-sächlich bestehe die Schieflage wohl eher in derselben Generation durch Gegen-sätze wie zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut u.ä.
- Die demographische Entwicklung zwinge zum Handeln. – Tatsächlich sei Ökonomie keine Biologie. Entscheidend für die Finanzierung der Renten sei die Anzahl der beschäftigten Personen und insofern auch der Abbau von Arbeitslo-sigkeit, den die Politiker anscheinend ab-geschrieben hätten. Die höhere Lebens-erwartung könne mit mehr Beschäfti-gung und höherer Produktivität aufge-fangen werden.

Hengsbach sah einen zweifachen Sys-temwechsel durch Aufgabe der paritäti-schen Finanzierung und kapitalgedeckte Vorsorge. Tatsächlich könne mit einem Rentenbeitrag von 24%, hälftig von Ar-bitnehr und Arbeitgeber, das System weitergeführt werden. Eine kapitalge-deckte Privatvorsorge sei im Grund auch nur ein Tausch der Risiken, die heutigen

Risiken der Rente würden ersetzt durch die Risiken der Kapitalmärkte. Und das System trage sich ja auch keineswegs selbst, sondern brauche künftig riesige staatliche Zuschüsse.

Hengsbachs Vorschläge

Entsprechend dem Modell der IG Bau schlug er eine Rentenversicherungspflicht für alle, auch Beamte und Selbständige, vor. Die Finanzierung solle aus Beiträgen auf alle Einkommensarten kommen, nachdem der Anteil der Einkommen aus Arbeit an den Gesamteinkommen sinkt. Eine Mindestrente / Grundsicherung soll eingeführt werden, weil der Anspruch auf ein würdiges Leben im Alter nicht aus der Arbeitsleistung, sondern in der Würde der Person begründet sei.

Klaus Zwickel: Zwei Hauptforderungen

Hengsbach erhielt starken Beifall. Klaus Zwickel, der im Anschluss sprach, erhielt von vornherein neben Beifall auch Pfiffe und Sprechchöre vom kritischen Teil der Funktionäre.

Zwickel erklärte auf die Sprechchöre, auch er wäre an diesem Tag lieber auf dem Stuttgarter Schlossplatz, aber die Einschätzungen über die Mobilisierung seien in den letzten Monaten nicht so gewesen, wie er sich das vorgestellt habe. Aber nach wie vor wolle die IG Metall auf die Rentenreform Einfluss nehmen.

Die Gewerkschaft ignoriere objektive Veränderungen wie höheres Alter und medizinischen Fortschritt nicht. Aber der schwierige „Altersbuckel“, der in 40 Jahren wieder verschwinde, sei heute von allen sozial zu tragen. Um die Verteilung dieser Lasten gehe der Kampf. Die Bemühungen der Gewerkschaften hätten schon einige Verbesserungen gebracht, aber es blieben zwei grundlegende Probleme:

- Einerseits das Aufgeben der paritätischen Finanzierung, wo sachliche Probleme für einen „Entlastungsboom der Wirtschaft“ benutzt würden. Hier zeige sich auch das wahre Gesicht der Grünen, die zu Arbeitnehmerinteressen nichts mehr zu sagen hätten. Wenn es schon eine zweite Säule der Finanzierung, privat oder betrieblich, geben soll, dann müsse sich die Wirtschaft „mindestens zur Hälfte daran beteiligen“. Also Erhaltung der paritätischen Finanzierung, in welcher Form auch immer.
- Anderseits die Absenkung der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung. Hier müsse das künftige Leistungsniveau deutlich nach oben korrigiert werden.

Zur geplanten Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes erklärte Zwickel, schon heute bewege sich ca. eine Million Menschen in einer rechtlichen Grauzone. Auch sie bräuchten Schutz. Deshalb sei eine neue Initiative zur Mitbestimmung nötig, für die eine Bewegung entstehen müsse. Er erwarte eine „gigantische Auseinandersetzung“ mit der

Wirtschaft, bei der man „die Regierung stabilisieren“ müsse. In diesem Fall komme es hoffentlich zu gemeinsamem Handeln mit anderen Gewerkschaften, Betriebsräten, Vertrauensleuten und Belegschaften, „auch auf dem Schlossplatz“.

Was das Beschäftigungsförderungsgesetz und damit die Befristungen auch ohne sachlichen Grund betreffe, müsse mit diesem Gesetz zum Jahresende Schluss sein. Die heutigen Regierungsparteien, die 1996 als Opposition das Gesetz abgelehnt hätten, müssten einfach einmal nichts tun und das Gesetz auslaufen lassen.

In allen drei Fragen stehe der Vorstand bei der Mobilisierung nicht auf der Bremse. Nach einer Reihe kritischer Beiträge ergänzte Zwickel noch, dass eine Mobilisierungskonferenz zur Rente in Frankfurt vor Monaten „sehr bescheiden“ besucht gewesen sei und sich die große Mehrzahl nicht zur Mobilisierung für öffentliche Demonstrationen in der Lage gesehen habe. Außerdem sei kein Zufall, dass es keinen gemeinsamen Aufruf im DGB zu den Aktionstagen gegeben habe.

Stellungnahmen aus dem Saal

Kurze, zumeist kritische Statements aus dem Saal gab es vor allem zu folgenden Punkten:

- Ablehnung von Tariffonds zum Ausgleich von Rentenkürzungen; keine zweite Säule der Rentenfinanzierung, Erhaltung der paritätischen Finanzierung im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung.
- Hinweis auf erfolgreiche Infoveranstaltungen zur Rente bundesweit bei SEL Alcatel in den Kantinen.
- Konzentration auf die Rentenfrage, Betriebsverfassungsgesetz und Beschäftigungsförderungsgesetz müssten „im Schlepptau“ mit der Rente miterledigt werden.
- Angesichts sinkender Lohnkostenanteile Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung der Rente.
- Verhindern, dass vor allem die Interessen von Frauen bei der Rente unter die Räder kommen.
- Wo bleibt die alte Forderung nach Abschaffung des Anti-Streik-Paragraphen (früher § 116 AFG)?
- Austritt aus dem Bündnis für Arbeit. Wo bleibt der angekündigte Heiße Herbst?

Von verschiedenen Seiten wurde bekräftigt, dass die Veranstaltung „nur ein Auftakt“ sein könne und betriebliche und öffentliche Aktionen folgen sollen. Ganz einfach wird das aber nicht sein. Die kritischen Funktionäre vermissen eine klare und einheitliche Zielsetzung „von oben“. Der Vorstand vermisst die nötige Bewegung „von unten“. Die interne Tonlage ist teilweise heftig. Aber die eigentlich nötige offene Diskussion, wo man steht, woher die Mobilisierungsprobleme sachlich röhren, ob bzw. welche eigenen Reformziele die Gewerkschaften verfolgen sollen, kommt zu kurz. (rok)

Superfast und supersoft in die Restrukturierung



Kriegsschiffbau wird ausgeweitet – Handelsschiffbau als Lückenfüller?

Verluste in Höhe von 150 Mio. Euro werden laut Hochrechnungen beim Bau von 6 Super-Fast-Fähren (SFF) auf der Kieler Werft HDW auflaufen. 15,5 Mio. Euro „geplante“ Verluste waren von der Babcock-Konzernleitung über den HDW-Aufsichtsrat 1998 genehmigt worden. Werft-intern wurde der zu erwartende Verlust auf 35 Mio. Euro taxiert. Der Betriebsrat hatte hierzu einen Entlastungsbeitrag durch eine „Budget-Regelung“ zugesagt. Nach Abschluss dieser Regelung zwischen Betriebsrat und IG Metall Küste auf der einen Seite mit HDW-Vorstand und Nord-Metall auf der anderen – jeder HDWler leistet 6 „Aufbaustunden“ im Monat, leitende Angestellte und Vorstandsmitglieder entsprechende Geldbeträge – gab der Aufsichtsrat grünes Licht für den SFF-Auftrag. Im Rahmen des 7. und 8. Werfthilfprogramms stehen HDW 20 Mio. Euro an Subventionen für die SFF-Serie zur Verfügung.

Von Preussag zu Babcock

Nachdem die Preussag AG 1998 die HDW als im ganzen solides und liquides Unternehmen, als „Sahnehäubchen“ zusammen mit anderen zur Liquidation vorgeesehenen Unternehmen wie NOELL und WRT an die Babcock Borsig AG „übertragen“ hat, gilt für den Handelsschiffbau bei HDW die Konzernvorgabe: ab 2002 keine Verluste. Babcock-Chef K. Lederer 1999 auf einer Betriebsversammlung: „Wir werden viel Spaß miteinander haben!“ Heute ist die Lage ernst: Durch die „Spaßveranstaltung“ droht ein eisiger Wind zu fegen. Die Westdeutsche Landesbank – mit dem „Billigflieger“ F. Neubert an der Spitze – zieht die Stricken: Die Preussag AG ist zum „KDF“-Touristik-Konzern umstrukturiert worden. Auch die lange stark angeschlagene Babcock AG wurde vom industriellen „Gemischtwarenladen“ auf drei Kerngeschäftsfelder ausgerichtet. Und mit dem neuen Geschäftsfeld Schiffbau soll durch die HDW – mit den Erlösen inkl. Zinsgewinnen aus dem Kriegsschiffbau eine „Bank mit angeschlossenem Schiffsbaubetrieb“ – eine finanzielle Konsolidierung im Konzern vorangetrieben werden. Ein heute in der Werftbelegschaft kursierender Kommentar: „Die denken, eine Goldgrube mit einem feuchten Stollen bekommen zu haben, und jetzt wird die Grube geflutet!“ Galgenhumor?

Image- und Motivationsverluste

Die vom Vorstand der HDW über die bürgerliche Presse kolportierten Getriebe-probleme sind nur Randprobleme beim

Bau dieser Schiffe. Bei der Auftragserinnahme 1998 stand die Basiskonstruktion nicht, und so zogen sich die Probleme von der Konstruktion über den Einkauf durch die gesamte Fertigung. Und HDW-üblich wird das Chaos noch potenziert.

An den Ausrüstungspiers liegen jetzt gut sichtbar die beiden ersten für den Adria-Einsatz vorgesehenen Schiffe, deren Ablieferung am 30.6. und 31.7. erfolgen sollte. Die voraussichtlich um 5 Monate verspätete Ablieferung des ersten Schiffes ist ein Novum in der Geschichte der HDW. Probleme gab es auch schon bei anderen Serien in den letzten Jahren, auch im Marineschiffbau bei den im Werftjargon „Seegurken“ genannten U-Booten (Dolphin) für Israel. Das deutsche Schiffbau-Image „teuer, aber pünktlich und erste Qualität“ ist für HDW auf dem Weltmarkt stark angeschlagen. Bei der Kampagnen-geplagten Werftbelegschaft ist die Motivation auf dem Tiefpunkt. Ständige Änderungen und zusätzliche Arbeiten – Werftparole: „Wir schnitzen die Schiffe aus dem Vollen!“ – und durch die ständigen Überstunden auf entsprechenden in die Hunderte gehende persönlichen Stundenkonten zu „hocken“, ohne absehbare Freizeitausgleichsmöglichkeiten avisiert zu bekommen, das kann nicht motivieren. Und schafft keine zusätzlichen Arbeitsplätze!

Spaßvogel ist wütend?

Auch Dr. K. Lederer wird der Spaß vergangen sein: Nicht einmal der Dollar-Kurs hilft HDW: Der SFF-Auftrag von der griechischen Reederei wurde auf Euro-Basis abgeschlossen. Verspätete Ablieferung bedeutet auch: Der Reeder zahlt später. Was für die Babcock Borsig AG Folgen hat. Die Babcock hat chronischen Mangel an Cash Flow und kann so auch den geplanten Ankauf der bei der Preussag AG verbliebenen HDW-Anteile nicht tätigen. Angeblich hat Preussag noch eine zusätzliche finanzielle „Sterbehilfe“ für die Liquidierung ehemaliger Preussag-Betriebe an Babcock überwiesen.

Am 28.9. tagt in Hamburg der HDW-Aufsichtsrat: Innovativ werden die Herren Aufsichtsräte durch den Besuch der Weltschiffbaumesse SSM nicht in die Sitzung gehen. Sie werden voraussichtlich folgende Strategie beschließen: Weitere Reduzierung des Handelsschiffbaus zum Nischenfüller und Ausweitung des Marineunterwasser- und Marineüberwasser-Schiffbaus.

Rüstungsaufträge satt

Der höchste Auftragsbestand in der Firmengeschichte! Seit Schließung der Schiffsreparaturabteilung 1996 werden – heute verstärkt – Flächen, Hallen und Gebäude für den Kriegsschiffbau belegt und weitere sind in Planung. Manche Marineabteilungen werden um bis zu 100% personell aufgestockt. Und es „drohen“ weitere Aufträge, von Südkorea bis Portugal. Auch von der weiteren Umstrukturierung der Bundeswehr zur Angriffsarmee (Out of area-Einsätze) werden die Kriegsschiffbau-Werften profitieren (und die Bevölkerung durch Steuern, Sozialabbau und „Blutzoll“ verlieren). HDW gehört zum Militärisch-Industriellen-Komplex und wird aus politischen Gründen Bestand haben: Als Rüstungswerft!

HDW-Auftragsbestand: (Euro per 30.6)

U-Boot-Bau:	2,4 Mrd.
Marine-Überwasserschiffbau:	0,5 Mrd.
Handelsschiffbau:	0,7 Mrd.

Umsätze und Stundenaufwand im Geschäftsjahr 98/99

	Umsatz (Mio. DM)	Fertigungsstd. (1.000 h)	%
Marineschiffbau	809	65	460 21
Handelsschiffbau	406	33	1.587 72
sonstige			
Fertigung	21	2	143 7
Gesamt	1.236		2.190

Politisch diktiert und akzeptiert?

Den Arbeitnehmervertretern (IG Metall-Vertrauensleutekörper, Betriebsrat, Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat) ist es durch 20 Jahre Strukturkrise gelungen, die Folgen der kapitalistischen Entwicklung abzumildern. Unter dem Begriff „Universal-Werft“ wurde insbesondere die immer wieder drohende Schließung des Handelsschiffbaus – der zwar meist Verluste, aber die größte Beschäftigung bringt – durch Druck auf den Vorstand, sowie Einflussnahme im Preussag-Konzern und über die Politik abgewehrt. Ein Lohnabbau und andere Attacken konnten erfolgreich abgewehrt werden. Kompromisse wurden zwar oft aus der Belegschaft kritisiert, doch Köpfe mit Rückgrat, die andere Alternativen aufzeigen und hierfür kämpfen, waren nie in Sicht!

„Universal“-Rüstungs-Werft?!

Die Arbeitnehmervertretungen sind in vielen Fragen hart geblieben. Dem – politisch diktierten – Marsch in die totale Rüstungsproduktion werden sie sich nicht in den Weg stellen (können oder wollen), auch nicht verbal. Wer wird sich der „nationalen Aufgabe“ (Kriegs-) Schiffbau heute in den Weg stellen? Supersoft wird der Marsch begleitet werden. Auf der Aufsichtsratssitzung im Januar 2001 wird das Restrukturierungs-konzept zur Kriegsschiffbau-Werft abgesegnet werden. Mit den Stimmen der Arbeitnehmervertreter? „Universal-Werft“ kann sich die HDW als Kriegsschiffbau-Werft mit etwas Handelsschiffbau auch weiterhin nennen. Die Pflöcke dafür werden schon heute eingeschlagen. Superfast und supersoft. (w.jard aus: LinX – Sozialistische Zeitung für Kiel Nr. 20/00)

Jugoslawien lockt die deutsche Wirtschaft. – HB, Montag, 9.10.2000. – Die deutsche Wirtschaft ist an einer möglichst schnellen Aufnahme der Beziehungen zu Jugoslawien interessiert. Da mehr als die Hälfte der technischen Ausrüstung aus Deutschland stammt, sehen die Wirtschaftverbände gute Chancen, an die früher intensiven Handelsbeziehungen anzuknüpfen. „Insgesamt schätzen wir das mögliche Auftragsvolumen für die deutsche Wirtschaft auf 3 bis 4 Mrd. DM“, sagte T. Klette, Balkan-Experte des DIHT. Angesichts der langen Isolation des Landes gebe es einen Modernisierungsbedarf in nahezu allen Wirtschaftszweigen. Es sei wichtig, schnell auf den Markt zu gehen, weil vor allem Unternehmen aus Frankreich, Großbritannien, Italien und Griechenland sehr aktiv seien. Von der Bundesregierung aus ist eine Delegationsreise mit Firmenvertretern im Gespräch.

Wirtschaft äußert sich zu Ausländerwahlkampf. – HB, Montag, 16.10.2000. – Die von CDU-CSU-Fraktionschef F. Merz angekündigte Ausländerkampagne im Bundestagswahlkampf 2002 ist auf Kritik bei BDI und DIHT gestoßen. H.-P. Stihl, DIHT-Chef, mahnte, die Diskussion über ein Einwanderungsgesetz solle nicht mit der Debatte über das Asylrecht verknüpft werden. BDI-Präsident H.-O. Henkel warnte, beim Thema Zuwanderung sei Zurückhaltung geboten.

Handwerk: Zusatzrente mit Mehrarbeit ansparen. – HB, Dienstag, 17.10.2000. – Das Rentenkonzept des Handwerks soll zu Lasten der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung gehen und sieht wie folgt aus: Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung soll langfristig bei unter 19% festgeschrieben werden. Um die damit entstehende Versorgungslücke zu schließen, sollen vor allem Entgelte für Mehrarbeit der Arbeit der Arbeitnehmer steuer- und sozialversicherungsfrei in einer kapitalgedeckten Zusatzvorsorge angespart werden. Diese Vorsorge soll im Rahmen von Höchstbeträgen zusätzlich vom Staat gefördert werden. Nach dem Konzept des Handwerks sollen die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung vor allem dadurch begrenzt werden, dass die Kosten der steigenden Lebenserwartung für die Rentenversicherung voll auf die jährlichen Rentenanpassungen angerechnet werden. „Durch einen vollen Demographiefaktor“ sollen die Kosten der längeren Rentenlaufzeiten auf die Rentner abgewälzt werden.

Presseauswertung: rst

Eine Positionsverschiebung und ihre fatalen Folgen

Der Parteitag der PDS in Cottbus hat einen neuen Vorstand gewählt, den vorgelegten Leitantrag mit ein paar Änderungen verabschiedet und eine Resolution zum Antifaschismus. Diskutiert hat er nicht. Aber er hat eine Positionsverschiebung vorgenommen, die der PDS als sozialistischer Partei, nimmt sie keine Korrektur vor, die Kraft raubt.

Die Problemlage

Diskussionsbedarf hat die PDS zur Genüge und hätte der Parteitag gehabt.

Die Programmdiskussion ist festgefahren. Auf dem Münsteraner Parteitag im April war nicht nur ein heftiger Konflikt über die Haltung der PDS zu Kampfeinsätzen der UNO offen zutage getreten, in dem die Mehrheit in Fraktion und Vorstand gegen die Mehrheit des Parteitages stand, sondern auch und vor allem ein schweres Manko in der friedenspolitischen Diskussion: Der PDS fehlt eine systematische, d.h. sich mit der deutschen Außenpolitik und ihrer Militarisierung kritisch auseinandersetzende Begründung für eine Friedenspolitik. Es wäre nach dem Münsteraner Parteitag erforderlich gewesen, hier Argumente zu entwickeln und Fortschritte zu erreichen. Das geschah nicht. Auch auf dem Parteitag in Cottbus war die alte wie die neue Parteispitze bemüht, das Thema auszuklammern.

Nicht viel anders sieht es auf anderen Feldern der programmativen Diskussion aus. Die Debatte um bedarfsorientiertes Wirtschaften etwa, also um alternative Wirtschafts- und entsprechende Eigentumsformen, um die Wirtschaftstätigkeit von Genossenschaften, Verbänden, Vereinen und insbesondere Kommunen, ist, seit sei vor zweieinhalb Jahren aufgenommen wurde, praktisch nicht vorangekommen. Zwar ist die Rede davon, dass die Profitdominanz gebrochen werden soll, aber wie?

Auch in ihrer parlamentarischen Orientierung ist die PDS in einer Krise. Positionen des Wahlprogramms, in deren Erarbeitung die PDS viel Schweiß und Kopfzerbrechen gesteckt hatte und mit denen sie zumindest teilweise Neues in die Diskussionen und Auseinandersetzungen einbrachte, sind durch die parlamentarische Praxis unwirksam geworden. Gravierend in der Steuerpolitik, teilweise in der Friedenspolitik (UNO-Kampfeinsätze, deutsche Außenpolitik) – bald auch, so muss man befürchten, in der Rentenpolitik.

Die PDS steht in ihren Grundsätzen und in ihrer parlamentarischen Orientierung nackt da. Der auf dem Cottbuser

Parteitag verabschiedete Leitantrag ist oberflächenorientiert, enthält keine kritische Auseinandersetzung mit der Entwicklung der eigenen Positionen, entwickelt keine neuen Antworten auf neue Probleme. Der Parteitag, dessen Regie keine wirkliche Diskussion, also auch keine Kontroversen aufkommen ließ und die Delegierten in eine Statistenrolle drängte, verlief äußerlich „glatt“, das mag die Probleme einen Moment lang verdecken. Doch die Probleme verschwinden dadurch nicht und werden die PDS einholen.

Praktische Politik und Widerstand

Das bahnt sich auf wichtigen Felder der praktischen Politik und des Widerstandes auch schon an.

Die Parteispitze war auf dem Parteitag bestrebt, im „Kampf gegen den Rechtsextremismus“ die Notwendigkeit eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses zu betonen bis hin zur CDU, wenn möglich. Das ist nicht per se falsch und kann sich auf eine entwickelte Praxis in einigen Städten und Gemeinden Ostdeutschlands stützen. Doch macht der schließlich verabschiedete Antrag – vorgelegt von alten antifaschistischen Widerstandskämpfern, zu dessen Gunsten alle anderen Anträge mit unterschiedlicher Schwerpunkt- und Zielsetzung zurückgezogen wurden – die ideologischen Probleme deutlich. Die PDS bezieht sich in ihrem Antifaschismus auf einen schwindenden Vorrat von Altem. Sie geht der Auseinandersetzung mit dem Rassismus, der vom Staat ausgeht und sich in der gesetzlichen Diskriminierung von Menschen ohne deutschen Pass und menschenunwürdigen Behandlung von Flüchtlingen niederschlägt und der damit auch zum Nährboden für das Erstarren des Neonazismus wird, aus dem Weg. Dieses ideologische Problem der PDS ist nicht neu und wurde in der Vergangenheit auch vom Parteivorstand gelegentlich thematisiert. Neu ist, dass Partei- und Fraktionsführung, wie die entsprechenden Bemerkungen befürchten lassen, mit dem Verzicht auf die auf die Auseinandersetzung mit staatlichem Rassismus die Eintrittskarte in das „Bündnis der Demokraten“ zu erkaufen trachten könnte. Das wäre für die Entwicklung des antifaschistischen Widerstandes äußerst verhängnisvoll. Aber auch für die PDS selbst, die damit die Verbindung zur antifaschistischen Widerstandsbewegung und zu den rebellischen Teilen der Jugend in Ost- wie in Westdeutschland aufs Spiel setzt.

Auch für andere Widerstandsbewe-



Das war der 7. Parteitag

Eigendarstellung der PDS im Internet ...

gungen wird der Gebrauchswert der PDS fraglich. Zwischen der klassischen Gewerkschaftsbewegung im Westen und den Bestrebungen gegen die Deindustrialisierung im Osten treten schroffe Differenzen auf, die sich immer wieder auch auf Parteitagen der PDS niederschlagen. Es wäre nötig, die Differenzen zu formulieren und zu verarbeiten so dazu beizutragen, dass sich die beiden Bewegungen nicht bis zur Feindschaft gegeneinander, sondern gegen die herrschenden Ausbeutungsverhältnisse richten. Leistet sie das nicht, erscheinen ihre Verankerung im Osten und die Ausweitung ihres Einflusses im Westen als weitgehend unüberbrückbarer Gegensatz.

Die Anforderungen an die PDS, die sich aus den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Entwicklungen stellen, sind nach all den Anforderungen an die Kritik, an die Analyse, an die Entwicklung von Argumenten, kurz an die Entfaltung einer rational-aufklärerischen Politik, die emanzipatorische Bestrebungen aufnimmt und unterstützt.

„Projekt Deutschland“

Stattdessen prägte den Parteitag jedoch die nicht aufklärerische Sehnsucht nach Identifizierung mit Höherem, Übergeordnetem.

Die Rede von Gabriele Zimmer, der mit überragender Mehrheit neugewählten Parteivorsitzenden, fasste eine Reihe von unterstützenden Werten oder wenigstens akzeptablen Ansätzen im „Projekt Deutschland“ zusammen und gipfelte in einem langen „Stellt euch vor ...“: Stellt euch Deutschland in 10, 15 Jahren vor, wenn „wir uns mit unserem Projekt Deutschland durchsetzen könnten“.

Schon das Parteitagsmotto lautete

(übrigens unvorangekündigt): „.... dass ein gutes Deutschland blühe“, eine Zeile aus der Kinderhymne von Bert Brecht. Winfried Wolf verweist in der „jungen Welt“ darauf, dass Brecht das Gedicht 1950 als Vorschlag für die Nationalhymne der DDR schrieb, „die sich als Alternative zum bisherigen imperialistischen und militaristischen Deutschland verstand. Das war die Zeit, als der Westen unter Adenauer für die deutsche Spaltung stand und SED und KPD einen – auch im Rückblick – sehr problematischen nationalen Kurs verfolgten.“ Immerhin war die DDR als das „andere Deutschland“ im Jahr 1950 wenigstens real. Brechts Kinderhymne kann im geschichtlichen Zusammenhang ihres Entstehens als Kritik am Faschismus und in Bezug auf die BRD als „So nicht! Wir nicht!“ gelesen werden. Das Stell-euch-vor-„Projekt Deutschland“ des Cottbuser Parteitages kommt dagegen als Vision daher, als konkreter Ausfluss der Utopie und ist die Rückentwicklung von der Wissenschaft über die Utopie zum Traum oder auch zur Schnapsidee.

Die eingangs behauptete Positionsverschiebung liegt im positiven Bezug auf das Nationale. Zwar könnte im Begriff des „guten Deutschland“ noch eine gewisse Distanz zum Nationalismus zum Ausdruck kommen, es geht ja um ein anderes Deutschland. Man könnte auch argumentieren, der Nationalgedanke werde hier umgewertet, mit anderem Inhalt gefüllt. So ähnlich wird in der Traditionslinie des realen Sozialismus auch argumentiert.

Doch das löst das höchst Problematische des „Projekts Deutschland“ nicht auf. Denn in dieser Vorstellung ist die Nation, ist „Deutschland“ das Übergeordnete, der Bezugspunkt und das eigentliche Subjekt. „Deutschland braucht mehr sozialistische Politik“, lautet bezeichnenderweise die Überschrift des Leitartikels „Deutschland ist schön“, rief Gabriele Zimmer dem Parteitag zu. „Ich liebe es und hasse zugleich die Dinge, die es arrogant, laut und hässlich erscheinen lassen. Ich bekämpfe nicht Deutschland, sondern weil ich es liebe, weil ich möchte, dass es ein menschliches, kulturvolles, gebildetes Land auch in den Augen anderer wird, bekämpfe ich das, was Deutschland nicht als gutes Deutschland blühen lässt ...“ In diesem „Projekt Deutschland“ geht die Person praktisch spurlos auf, verschwindet damit der eigentliche Bezugspunkt sozialistischer Politik, eben die Person mit ihren Interessen, ihrem Leiden an Ausbeutung und Unterdrückung, ihrem Widerstand. „Deutschland“ erscheint als Grundlage ihrer Existenz, ihre Entfaltung ist vielleicht noch eine Ableitung aus dem „Blühen“ der Nation. Insofern haben wir auf dem Cottbuser Parteitag einen Fall in Grundstrukturen nationalen Denkens erlebt.

Aufschlussreich ist hierbei der fremdliche, ja unangenehme Bezug, den

noch fast jeder Redner – dem der Beifall des Saales stets sicher war – auf den Fußballverein Energie Cottbus nahm, der am Samstag des Parteitages gleich nebenan gegen Bayern München spielte und gewann – gleichsam als Hoffnungsträger großer Teile der PDS (Ost). Die Einverleibung des Ostens in die kapitalistische Marktwirtschaft hat große Probleme geschaffen, von denen viele unter den gegebenen Verhältnissen auf absehbare Zeit fortbestehen: Ganze Regionen sind verödet, die Menschen, insbesondere die jungen, wandern zu großen Teilen ab, andere versinken in Arbeitslosigkeit und Elend, Lebensleistungen sind entwertet, Initiativen zu eigener Wirtschaftstätigkeit werden durch die Gewalt des Marktes unterdrückt ... Die Forderung nach Anerkennung und nach allgemeinen Anstrengungen zur Lösung dieser Probleme ist berechtigt – in der Berufung aufs Nationale, auf Deutschland, das „blühen“ soll, und das überall, drückt sich vielleicht vor allem die Hilflosigkeit gegen-

über den ungelösten Problemen aus.

Für Beobachter aus dem Westen, die nicht direkt mit den Problemen konfrontiert sind und nur den Blick von außen haben, ist nicht erkennbar, dass die Berufung auf nationale Interessen die sozialen Probleme im Osten thematisiert, die Kämpfe und Emanzipationsbedürfnisse unterstützen kann. Zu befürchten ist vielmehr, dass solche Versuche einer Antwort die Auseinandersetzung mit dem Neonazismus unter den besonderen Bedingungen in den neuen Bundesländern nicht erleichtert, sondern erschwert.

Als gesichert kann aber gelten, dass die Berufung aufs Nationale im Westen alles Mögliche erblühen lassen mag, aber nicht die Wahlergebnisse der PDS. Als Propagandisten eines blühenden Deutschlands versprechen andere Parteien mehr Erfolg. Für Menschen, die sich für die PDS interessieren, weil sie an sozialistischer Politik interessiert sind, ist die deutsche Frage samt Antwort erledigt.

scc

Dokumente zum israelisch-palästinensischen Krieg Oppositionelle Stimmen

Verfolgt man nur die Fernsehnachrichten, erhält man das Bild martialisch bewaffneten israelischen Soldaten, die sich von steinewerfenden Kindern auf palästinensischer Seite provozieren lassen. Als Hintergrund wird allenfalls angeboten, wer auf der jeweiligen Seite für „den Frieden“ sei oder dagegen. Was dagegen Inhalt eines Friedens sein könnte und warum er vermutlich nicht zustande kommt, ist kaum zu erfahren. Linksoppositionelle Stimmen und Kommentare zu den Hintergründen sind eher verstreut in der Presse. Wir wollen daher drei entsprechende Dokumente abdrucken. Das erste stammt von Edward Said; er lehrt an der Columbia Universität in den USA Literaturtheorie. Er galt als Arafats Mann in den USA. 1991 trat er aus dem Palästinensischen Nationalrat aus, und gehört zu den schärfsten palästinensischen Kritikern des Friedensabkommens von Oslo. Der zweite Aufsatz stammt von Dr. Zvi Schudiner. Er ist Politikwissenschaftler an der Universität Beer-Sheva. Er war und ist in verschiedenen politischen Organisationen tätig, so u.a. in der israelischen Friedensbewegung Yesh Gvul. Der dritte ist vom israelischen Schriftsteller David Goldmann.

Die Wut und ihr Recht Ende eines Friedensprozesses

Von Edward Said

Der Osloer Friedensprozess ein hoffnungsloser Irrläufer seit der ersten Stunde, ist an sein Ende gekommen, ein Ende mit gewalttätiger Konfrontation, massi-

ver Unterdrückung von israelischer Seite, palästinensischem Widerstand auf breiter Front und vielen Todesopfern, von denen die meisten auf palästinensischer Seite zu beklagen sind. Ariel Sharons Besuch auf dem Tempelberg am 28. August kann nicht ohne Ehud Baraks Zustimmung geschehen sein, denn schließlich marschierte der schmerbäuchige alte Kriegsverbrecher unter dem Schutz von tausend Soldaten im Haram al Sharif ein. Nach dem Besuch stieg in Umfragen die Zustimmung für Barak von zwanzig auf fünfzig Prozent. Damit ist der Boden bereitet für eine israelische Einheitsregierung, die noch gewalttätiger und represiver vorgehen wird.

Die Anzeichen dieses Unheils waren bereits 1993 zu beobachten, wie man in der damaligen Winterausgabe von „Lettre Internationale“ nachlesen kann. Die Führer der Arbeiterpartei und des Likud-Blocks machten kein Hehl daraus, dass der Osloer Vertrag die Palästinenser in unzusammenhängenden Enklaven abschotten sollte: umringt von israelisch kontrollierten Grenzen und zerschnittenen von Siedlungen und Siedlungsstraßen, die den Zusammenhalt der Gebiete zerstörten. Enteignungen und die Zerstörung von Häusern sind unter den Regierungen Rabin, Peres, Netanyahu und Barak an der Tagesordnung gewesen, die israelischen Siedlungen haben sich permanent vergrößert (200 000 israelische Juden in Jerusalem, 200 000 weitere im Gazastreifen und im West-Jordanland), die militärische Besatzung nahm kein Ende. Jeder winzige Schritt in Richtung einer Souveränität Palästinas – und da-

zu gehörte auch der vereinbarte langsame Rückzug aus den besetzten Gebieten – wurde von Israel geschoben und unmöglich gemacht. Diese Vorgehensweise war nicht nur politisch und strategisch absurd, sie war selbstmörderisch. Das besetzte Ostjerusalem wurde durch eine kriegstreiberische Kampagne ausgegliedert, mit der Israel die geteilte Stadt für Palästinenser unerreichbar machen und als „ewige ungeteilte“ Hauptstadt ver einnahmen wollte. Den vier Millionen

Aktivitäten der israelischen Friedensbewegung

Jüdisch-Arabische Demonstration in Haifa am 21.10. um 19.30 Uhr mit den Parolen „Ein gerechter Frieden“ und „Gleichheit für Alle“. Beteiligt sind Neve Shalom, Peace Now, Yesh Gvul, Gush Shalom, Committee Against House Demolitions, Hadash, Alternative Information Center, The Monitoring Committee der „Israel's Palestinian Citizens“.

Jerusalem's Paris Square: jeden Tag finden ganztägige sit-in statt. Damit soll das Entsetzen zum Ausdruck gebracht werden angesichts der Ermordungen und angesichts des extremen Rassismus und der Brutalität innerhalb der israelischen Gesellschaft und der Polizeieinheiten. Es wird ein Ende der Besatzung gefordert.

Ein Jaffa Friedenszelt wurde von jüdischen und arabischen Einwohnern Jaffas errichtet.

Bewohner von Taibe, Tira, Tzur Yigal und Kohav Yair haben am Dienstag eine „*Sukkat Shalom*“ Aktion gestartet.

Ein Friedenstisch in Jerusalem, organisiert „Netivot Shalom“, mit allabendlichen Lesungen, Diskussionen etc.

An der Meggido Kreuzung organisiert Bat Shalom ebenfalls einen *drei tägigen Friedenstisch*.

Ein *Friedenspicknick* in der Nähe von Beit Zarzir, an dem Hunderte von jüdischen und palästinensischen Familien teilnehmen.

Am Mittwoch, 18.10 führen Ivtisam Mahmud und Yael Agmon einen *Friedensmarsch von Rosh Hanikra* an der libanesischen Grenze nach Jerusalem an.

Frauen-in-Schwarz-Mahnwachen in Jerusalem (Kikar Paris/Hagar), in Tel-Aviv und in Haifa. Samstag, den 21.10 gibt in von Neve Schalom einen *arabisch-jüdischen „Wake-Up Convoy“*. Ebenfalls am 21.10 helfen jüdische-arabische Gruppen palästinensischen Bauern in Ar'ara (Wadi Ara) bei der Olivenernte, deren Olivenhaine zu einer „military area“ erklärt wurden und die nun befürchten, am Betreten ihrer Haine gehindert zu werden.

palästinensischen Flüchtlingen der Welt – mittlerweile eine der größten und ältesten Flüchtlingspopulationen – wurde mitgeteilt, dass sie ihre Hoffnungen auf Rückkehr oder Wiedergutmachung begraben könnten.

Mit seinem korrupten und dümmlich-repressiven Regime, das von dem israelischen Geheimdienst Mossad und der CIA gestützt wird, verließ sich Yassir Arafat indessen weiterhin auf die amerikanischen Vermittler, obwohl das Team der amerikanischen Friedensunterhändler von ehemaligen israelischen Lobbyisten und einem Präsidenten dominiert wurde, der den Mittleren Osten mit den Augen eines christlichen fundamentalistischen Zionisten sieht und sich nicht für die arabisch-islamische Welt interessiert. Die willfährigen, aber isolierten und unpopulären arabischen Führer – vor allem Präsident Mubarak – wurden auf demütigende Weise unter die amerikanischen Fittiche gezwungen und verloren dadurch noch den letzten Rest an Glaubwürdigkeit. Israels Prioritäten, wie auch seine bodenlose Unsicherheit und seine absurd Forderungen standen immer an erster Stelle. Niemand kam noch einmal auf die Ungerechtigkeit zu sprechen, die durch die Enteignung des palästinensischen Volkes im Jahre 1948 zur Tatsache geworden war.

Hinter dem Friedensprozess standen zwei israelisch-amerikanische Grundannahmen, die beide von erschreckender Verkenntung der Realität zeugen. So hoffte man erstens dass, die Palästinenser seit 1948 so sehr gestraft und geschlagen worden waren, dass sie schließlich aufgeben und die faulen Kompromisse akzeptieren würden. Arafat akzeptierte dies und rief die Palästinenser zur Ruhe, wodurch er den Israelis eine Entschuldigung lieferte – für alles, was sie getan hatten. So kümmerte sich der „Friedensprozess“ zum Beispiel weder um die gewalttigen palästinensischen Verluste von Land und Gütern noch um den Zusammenhang von früherer Vertreibung und gegenwärtiger Staatenlosigkeit, während die hochgerüstete Nuklearmacht Israel weiterhin den Opferstatus für sich beanspruchte und Entschädigungen für den antisemitischen Genozid in Europa verlangte. Widersinnigerweise hat Israel seine Verantwortung für die Tragödie von 1948 bis heute nicht offiziell eingestanden, obwohl die Amerikaner mittlerweile im Namen anderer Flüchtlinge im Irak und im Kosovo Krieg geführt haben. Aber man kann Menschen nicht zum Vergessen zwingen; schon gar nicht, wenn alle Araber mit ansehen konnten, dass die damals geschehenen Ungerechtigkeiten durch die tägliche Realität immer weiter zementiert wurden.

Zudem verkündeten die israelischen und amerikanischen Strategen auch nach sieben Jahren, in denen sich die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der Palästinenser stetig verschlechtert hatten, beharrlich Erfolgs-

meldungen. Sie schlossen die Vereinten Nationen und andere interessierte Parteien aus, unterwarfen die erbärmlich parteiischen Medien ihrem Willen und verzerrten die Wirklichkeit im Namen kurzlebiger Siege für den „Frieden“. Nun rüstet sich die arabische Welt gegen israelische Hubschrauber und schwere Artillerie, die Zivilgebäude der Palästinenser zerstört; es hat fast hundert Tote und fast 2000 Verletzte, darunter viele Kinder gegeben; und die palästinensischen Israelis greifen zu den Waffen, um nicht länger als nichtjüdische Bürger dritter Klasse behandelt zu werden. Der auf falschen Voraussetzungen errichtete Status quo ist am Ende. Daran kann auch Amerika nichts mehr ändern. Es hat sich in den Vereinten Nationen isoliert und findet aufgrund einseitiger Parteinahme in der arabischen Welt keine Verbündeten mehr, sein Präsident agiert als lahmeente.

Auch die arabischen und israelischen Führer werden nicht mehr viel bewirken können, auch wenn sie wohl noch einmal eine Interimsvereinbarung zusammenschustern werden. Besonders schockierend ist das bereitete Schweigen der zionistischen Friedensgruppen in Amerika, Europa und Israel: Es werden weiterhin palästinensische Jugendliche abgeschlachtet, aber diese Bande angeblich friedensbewegter Aktivisten unterstützt entweder die israelischen Brutalitäten oder zeigt sich enttäuscht von der Un dankbarkeit der Palästinenser. Noch schlimmer sind die amerikanischen Medien. Sie stehen ganz unter der Knute der furchterregenden israelischen Lobbyisten, ihre Kommentatoren erdichten entstellende Berichte über „Kreuzfeuer“ und „palästinensische Gewalt“, die verschweigen, dass die Palästinenser nur gegen die israelischen Militäraktionen ankämpfen und nicht, wie die fürchterliche Frau Albright formuliert, „Israel belagern“. Während die Amerikaner den Sieg des serbischen Volkes über Milosevic feiern, weigern sich Clinton und seine Günstlinge, den Aufstand der Palästinenser als einen Kampf gegen Ungerechtigkeit anzuerkennen.

Ich vermute, dass ein Teil der neuen palästinensischen Intifada gegen Arafat gerichtet ist, der sein Land mit falschen Versprechungen in die Irre geführt hat und sich hinter einer Batterie korrupter Beamter verschanzt, die kommerzielle Monopole kontrollieren, obwohl ihre Verhandlungen im Namen Arafats von Inkompotenz und Schwäche künden. Sechzig Prozent der öffentlichen Ausgaben fließen in die Bürokratie und das Sicherheitssystem, und nur zwei Prozent werden für die Infrastruktur ausgegeben. Vor drei Jahren gestanden sogar Arafats Rechnungsprüfer ein, dass vierhundert Millionen Dollar der jährlichen Finanzmittel einfach verschwunden waren. Arafats internationale Gönner dulden dies all im Namen des sogenannten „Friedensprozesses“, jener Phrase also, die



heute sicherlich zu den meistgehassten Ausdrücken des palästinensischen Wortschatzes gehört.

Indessen haben die Palästinenser in Israel, der West Bank, Gaza und in der Diaspora einen alternativen Friedensplan entwickelt und es entsteht eine neue Führungsstruktur. Es soll kein zurück zu dem Osloer Vertragswerk und keine Kompromisse über die ursprünglichen UN-Resolutionen (242, 338, 194) geben, die der Madrider Konferenz von 1991 zugrunde liegen. Alle Siedlungen sollen aufgelöst, alle Militärstraßen entfernt, alle 1967 angeschlossenen oder besetzten Gebiete evakuiert und israelische Güter und Dienstleistungen boykottiert werden. Es scheint sich tatsächlich die Einsicht zu verbreiten, dass nur eine Massenbewegung gegen die israelische Apartheid (die durchaus mit der südafrikanischen Variante zu vergleichen ist) den Palästinensern helfen wird. Es ist einfach idiotisch, dass Barak und Albright immer noch Arafat für etwas verantwortlich machen, was er längst nicht mehr unter Kontrolle hat. Anstatt die neuen palästinensischen Forderungen abzuweisen, sollten sich Israels Helfer lieber daran erinnern, dass die palästinensische Frage ein ganzes Volk und nicht nur einen alten und unglaublich gewordenen Führer betrifft. Außerdem kann in Palästina und Israel ein Frieden zwischen Gleichberechtigten nur geschlossen werden, wenn es keine Militäraktionen mehr gibt. Kein Palästinenser, nicht einmal Arafat, kann sich mit weniger zufrieden geben.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.10.00

Diplomatie und Schüsse

Zvi Schuldiner

Beinahe zwei Wochen andauernde Zusammenstöße in den 1967 von Israel besetzten Gebieten und innerhalb Israels haben zu einer ernsthaften Krise geführt, die den Frieden und die Stabilität des gesamten Nahen Ostens bedroht. Selbst wenn es den intensiven diplomatischen Bemühungen gelingen sollte, die Eskalation zu stoppen, wird es sehr schwer sein, einige der durch die neuerlich entstandene Situation geschlagene Wunden wieder zu heilen.

Mehr noch: Jetzt ist unzweideutig klar geworden, dass der Oslo-Prozess, auch wenn er eine neue Ära im Nahen Osten eingeleitet hat, noch weit davon entfernt

ist, Frieden gebracht zu haben. Er war ein wichtiger Schritt, denn die gegenseitige Anerkennung schien die beteiligten Parteien auf den Weg zu historischer Versöhnung zu führen. Doch die konkreten Vereinbarungen sparten einige der grundlegenden Voraussetzungen für einen gerechten Frieden aus, für einen Frieden nämlich, der nicht nur Sicherheit für Israel bringt, sondern auch die Grundlage für die Erfüllung einiger der Minimalrechte der Palästinenser legt.

Provokation?

Möglicherweise hat Ariel Sharon, der Vorsitzende der rechtsgerichteten Likudpartei, eine Provokation gesucht. Wichtiger allerdings ist, dass die israelische Regierung nichts Ernstgemeintes unternommen hat, um Herrn Scharons Besuch auf dem Tempelberg (wie er bei den Juden heißt) bzw. dem Haram asch-Scharif (wie er bei den Moslems heißt) zu unterbinden.

Es wäre eindeutig ein Fehler, würde man die aktuellen Ereignisse als Ergebnis der Provokation durch Scharons Besuch verstehen. Er war nur das Streichholz, das ein bereits längst bereitliegendes hochexplosives Fass zur Explosion brachte. Nach Oslo ging die Besatzung mehr oder weniger weiter wie gehabt. Die kleinen Gebiete, die die Palästinenser erhalten, wurden in eine Art kleine „Bantustans“ verwandelt.

Die Beschlagnahmung von Land ging weiter, um immer mehr „Sicherheitsstrassen“ für die israelischen Siedler in den besetzten Gebieten zu bauen. Schlimmer noch: Die Palästinenser machten die Frage der Siedlungen nicht zum Gegenstand der Osloer Abkommen, und so konnte sich zwischen 1993 und heute die Zahl der israelischen Siedler nahezu verdoppeln.

Die Siedlungen wurden mit dem Ziel errichtet, die palästinensischen Gebiete zu fragmentieren. Inzwischen ist es beinahe unmöglich, die verstreuten „Bantustans“ so miteinander zu verbinden, dass ein wirklich unabhängiger Staat entsteht, wenn die Siedlungen an Ort und Stelle bleiben. Von Anfang an wurden nach dem Krieg von 1967 Siedlungen als Mittel zur Verhinderung von Frieden errichtet bzw. als Mittel zur Verhinderung einer eventuellen territorialen Integrität der Gebiete für den Fall, dass sie nicht unter israelischer Souveränität verbleiben sollten. Gegenüber der Zeit vor Oslo veränderte sich das Elend des täglichen Lebens unter der Besatzung kaum. Jetzt bekamen die Palästinenser zusätzlich die harte Hand der palästinensischen Polizei zu spüren. Die wirtschaftliche Situation veränderte sich nicht, während es gleichzeitig einer kleinen Minderheit der palästinensischen Elite gelang, in einem Klima offener Korruption enorme ökonomische Profite einzustreichen.

Wut, Verzweiflung, mangelnde Hoff-

nung, eine für viele schwierige wirtschaftliche Situation und die Fortsetzung der Besatzung mit anderen Mitteln: All das bildete das explosive Gemisch, das nur auf den kleinsten Funken wartete, um zu explodieren. Sharon war nur der willkommene Anlass in einer unmöglichen Situation.

Eigentlich wusste jeder, dass die muslimische Dominanz über den Haram asch-Scharif nicht ernsthaft in Gefahr ist. Seit 1967 haben die Israelis den Muslimen die Verwaltung des Areals überlassen, und die Moscheen hatten geradezu „extritorialen“ Status. Das war die Realität, auch wenn einige jüdische Extremisten versuchten, auf den Berg „zurückzukehren“, weil die Moscheen der Muslime vor Hunderten von Jahren an der Stelle gebaut wurden, an der anscheinend vor 2000 Jahren der jüdische Tempel zerstört worden war.

Al-Aqsa-Intifada

Als die Zusammenstöße begannen, wurde deutlich, dass diese dem Vorsitzenden Arafat zupass kamen. Doch gilt das nur bis zu einem gewissen Punkt, wenn man nach seiner Fähigkeit fragt, die Situation unter Kontrolle zu behalten. Den Hass und die Wut der Menschen hat Arafat nicht unbedingt unter Kontrolle. Er kontrolliert die bewaffneten Kräfte vollständig, doch auch diese Kontrolle ist abhängig von den Umständen. Den palästinensischen Polizisten wird es zunehmend schwer fallen, sich mit ihren Brüdern auseinander zu setzen.

Die Intifada hat eine ganze Reihe israelischer Einstellungen verändert. Die jetzige Intifada hat eine gänzlich andere Wirkung. Dass palästinensische Polizisten Feuerwaffen einsetzen war für viele Israelis der Beweis für die Richtigkeit der schlimmsten Befürchtungen der israelischen Rechten, als sie gegen die Osloer Abkommen opponierte. Schlimmer noch: Allgemein verbreitet war die Überzeugung, dass die Kooperation zwischen der israelischen Armee und der palästinensischen Polizei ein wichtiges Mittel zur Stabilisierung der Region in einer schwierigen Übergangssituation sei. Und plötzlich schossen diese Polizisten auf ihre Kollegen in den gemeinsamen Patrouillen oder Einheiten.

Und noch schlimmer: Als die Israelis sich von einem sehr problematischen Punkt, dem Josefsgrab, zurückzogen, geschah dies unter der Bedingung, dass die Palästinenser den Ort schützen und – vergleichbar den Arrangements für die Synagoge in Jericho – es Juden ermöglichen, an diesen Ort zu gelangen.

Der Angriff auf die Soldaten, als sie den Ort verließen, und seine anschließende Zerstörung waren furchtbar schlagkräftige Argumente gegen die Behauptung, die Palästinenser könnten die Sicherheit jüdischer heiliger Stätten garantieren. Und dies geschah nur wenige Stunden, nachdem die israelische Polizei es einigen palästinensischen Kräften

überlassen hatte, die Gebete in den Moscheen des Haram asch-Scharif zu kontrollieren. Auch dies ging schief, weil Palästinenser anfingen, Steine auf die Israelis zu werfen, die an der Klagemauer beteten, und einen Polizeiposten mit den darin verbarrikadierten Polizisten in Brand zu setzen versuchten.

Israel von innen

Die Ereignisse in den Gebieten eskalierten; ihre gewaltsame Unterdrückung durch die israelischen Truppen forderte sehr schnell einen hohen Preis: Dutzende von Palästinensern wurden getötet und mehr als Tausend verletzt. Aber für die Israelis kam der wirkliche Schock, als es auch in Israel zu Zusammenstößen kam. Dies war eines der dramatischsten Kapitel der letzten vierzehn Tage, weil es an die sensibelsten Punkte israelischen Daseins, israelischer Identität und israelischer Ängste röhrt. Alles wurde dadurch noch schlimmer, dass der Kommandeur der Polizei im Norden Israels ein Offizier ist, der sich in der Vergangenheit häufig in beinahe rassistischer Weise antiarabisch geäußert hatte. Als die israelisch-palästinensischen Bürger ihre Demonstrationen begannen, trafen sie auf eine Polizei, die die übliche Zurückhaltung, die in einem normalen demokratischen Land selbstverständlich ist, nicht kennt. Frankreich, Prag und Seattle sind Beispiele dafür, dass Verkehrswege zeitweise unpassierbar gemacht wurden, ohne dass dies tödliche Folgen für die Demonstranten gehabt hätte. Selbst in Israel hat es vergleichbare Vorkommnisse schon gegeben, bei denen die Polizei Wege fand, damit umzugehen, ohne dass es Todesopfer gab. Aber in diesen Fällen waren die Demonstranten jüdische Bürger.

Die Gewalt der Polizei fachte den Zorn der arabisch-israelischen Demonstranten nur noch mehr an. Jahrelange Diskriminierung, Ärger, lange geäußerte Beschwerden, all das kam zusammen und führte zu erbitterten Zusammenstößen. Die Bilanz der ersten Tage: Elf Tote und viele Verwundete.

Aus der Perspektive vieler Israelis war das Verhalten der Polizei völlig in Ordnung. Gleichzeitig weckten die Zusammenstöße alte, latente Ansichten, die Araber seien potentielle Verräter, eine fünfte Kolonne, Feinde, die sich mit den Arabern zusammentun werden, wenn sie Israel von außen angreifen, um es zu zerstören. Die geheimsten und innersten Befürchtungen wurden wieder geweckt. Viele der sogenannten gemäßigten Israelis stellen fest, dass sie einige der diskriminierendsten und rassistischsten Einstellungen der Rechten teilen.

... und entführte Soldaten

Und dann kehrten die Nordgrenze und die Hisbollah zurück. Die Entführung der Soldaten ist ein explosives Element, das zu einer umfassenden militärischen Konfrontation führen kann. Das erste

Ziel wird die Hisbollah sein, aber das wird auf libanesischem Territorium stattfinden, und es wird sehr schwierig sein, die Ausweitung des Brandes auf Syrien zu verhindern.

Aber die Entführung war auch ein weiteres wichtiges Element, das zu der Entwicklung in den Gebieten und den Zusammenstöße in Israel dazukam. Die Angst wird zur vorherrschenden Stimmung, einer Stimmung, die nur die rechtesten und diskriminierendsten Ansichten fördern kann. Seit Anfang der Woche greifen Zusammenstöße zwischen jüdischen Randalierern und Arabern auf das ganze Land über.

Die Schlussfolgerung aus diesem Prozess ist zur Zeit eindeutig: Die unnachgiebigsten Ansichten werden die israelische Szene in nächster Zukunft bestimmen. Die Gemäßigten, das Friedenslager, wurden schwer getroffen. Bei einer Demonstration der radikaleren Linken mit etwa hundert Teilnehmern sagten mir viele Leute (vielleicht etwas verfrüht), ihrer Ansicht nach sei die gemäßigte Linke für absehbare Zeit auf Tauchstation gegangen.

Die Kombination aus den Ereignissen in den Gebieten, den Zusammenstößen in Israel und der Gefahr an der nördlichen Grenze ist derzeit die Grundlage einer tiefen, noch nie da gewesenen Krise, die nicht nur das politische System, sondern heute direkt das Privatleben aller in Israel betrifft.

Tel Aviv, 10.10.2000

(Quelle: Deutsch-israelischer Arbeitskreis)

Die Wunde

Israels größtes Problem ist die palästinensische Minderheit im Land

Von David Grossman

Im Oktober: Nach mehreren Tagen gewaltsamer, tödlicher Zusammenstöße zwischen israelischen Truppen und Palästinensern in den Autonomiegebieten haben sich auch die Palästinenser mit israelischer Staatsangehörigkeit dem Kampf angeschlossen. Schon fast eine Woche lang gehen Tausende von – meist jungen – Demonstranten auf die Straße, sperren Kreuzungen, riegeln Durchgangsstraßen ab, bombardieren Polizisten mit Steinen, zerstören in blinder Wut jedes Wahrzeichen israelischer Herrschaft. Die Polizei geht ihrerseits mit einer Aggressivität gegen sie vor, die sie sich bei jüdischen Demonstranten nie erlaubt hätte.

Die Palästinenser stellen heute etwa ein Fünftel der israelischen Bevölkerung. Trotzdem blieb die arabische Minderheit in Israel jahrzehntelang ruhig – aus Angst vor harten Reaktionen der israelischen Behörden auf jedes noch so geringe Zeichen palästinensischer Autonomie. Sie lullte sich vielleicht bewußt ein, um nicht der Tragik ihrer Situation offen ins Gesicht blicken zu müssen. In den meisten Jahren des Konflikts zwischen Israel und den arabischen Staaten vermieden es die

palästinensischen Bürger; klar Stellung zu beziehen oder eindeutige Protesthandlungen gegen den Staat vorzunehmen. Selbst auf dem Höhepunkt der Intifada, als ein wahrer Krieg zwischen dem israelischen Militär und ihren unbewaffneten Brüdern in den besetzten Gebieten tobte, führten sie ihr normales Leben weiter, zahlten ihre Steuern an den Staat, äußerten dünne Proteste gegen die Gewaltanwendung in den Gebieten und sammelten höchstens einmal Nahrungs- und Arzneimittel für ihre Brüder. Niemals wagten sie es, legitime Maßnahmen des zivilen Widerstands zu ergreifen. Sie wagten zum Beispiel nie das, was jede andere Bevölkerungsgruppe tut – eine Massenversammlung im Zentrum einer der „jüdischen“ Städte zu organisieren. Der Gedanke, daß hunderttausend israelische Palästinenser auf dem Tel Aviv-Rabin-Platz aufmarschieren könnten, ist für die meisten jüdischen Israelis ein Albtraum. Aber die Angst der Palästinenser selber vor einer solchen Maßnahme und den Gegenreaktionen der jüdischen Mehrheit ist offenbar nicht geringer.

Auch die jüdische Mehrheit konnte nicht mit den ethischen Widersprüchen leben, die die Situation zwangsläufig mit sich bringt, und sah das eigene Wunschbild von einer aufgeklärten Nation, die in einer fortschrittlichen Demokratie lebt, beschädigt. Es gab zwar nicht wenige Gruppierungen, die sich für Gleichberechtigung und Integration der Palästinenser einsetzen. Aber die arabischen Ortschaften in Israel wurden für die meisten Israelis zur Terra incognita, zu unbekanntem und damit nicht existentem Land. Höchstens bedienten sich die Israelis der relativ billigen Arbeitskraft arabischer Handwerker oder fuhren am Schabbat in einige „freundliche“ Dörfer, um dort „orientalisch“ zu essen, und kehrten danach wieder in ihren Alltag zurück.

Langsam lernten die beiden Gemeinschaften – die jüdische und die palästinensische – sich gegenseitig weitgehend zu ignorieren und ohne große Sympathie nebeneinanderher zu leben. Die Mehrheit der Israelis behandelte die Frage der arabischen Minderheit wie einen schlecht verheilten Knochenbruch – vorsichtig und möglichst ohne die wunde Stelle zu berühren. Hin und wieder kam es zu Gewaltausbrüchen, gelegentlich wurde ein Terroristencamp gegen den Staat und seine jüdischen Bürger ausgehoben. Dann wandte sich die jüdische Mehrheit entrüstet gegen die palästinensische Minderheit und forderte sie auf, „ihre Staatstreue zu beweisen“, ein leicht zynisches Verlangen, wenn man bedenkt, daß der Staat – mit seinem diskriminierenden Verhalten – seinen palästinensischen Bürgern gegenüber nicht sonderlich treu gewesen ist: In den zweihundertfünfzig Jahren staatlicher Existenz hat kein einziger arabischer Minister einer Regierung angehört. In vielen arabischen Ortschaften fließt das Abwasser weiter-

hin offen auf der Straße. Die Schulen befinden sich in einem erbärmlichen Zustand, und die vorgeschriebenen Lehrpläne sind tendenziös und gelegentlich demütigend.

Aber das Problem ist natürlich nicht nur wirtschaftlicher und kultureller Art, es röhrt an die Wurzeln israelischer Existenz. Wie unbeschreiblich heikel ist zum Beispiel das Dilemma eines Palästinensers, der gleichberechtigter Bürger eines Landes sein möchte, das sich ausdrücklich als „jüdischer Staat“ deklariert. Wie kompliziert ist die Lage eines solchen Bürgers, der mit seinen Steuergeldern das israelische Einwanderungsministerium mitfinanziert, das in den letzten zehn Jahren fast eine Million Juden aus den GUS-Staaten und aus Äthiopien ins Land geholt hat, mit dem ausdrücklichen Ziel, „die jüdische Mehrheit“ zu stärken. Diese Neueinwanderer nehmen den arabischen Bürgern Arbeitsplätze weg, und zu ihrer Ansiedlung enteignet der Staat nicht selten Böden, die seit Generationen Arabern gehört haben. Noch haarsträubender ist der Gedanke an den palästinensischen Bürger, der die israelische Armee mitfinanziert, in der er nicht dient, die aber von seinem Geld Munition einkauft, um damit auf seinen Bruder – einen Palästinenser, der einen Kilometer von seinem Haus jenseits der Grenze wohnt – zu schießen.

Wie kompliziert ist andererseits die Lage eines jüdischen Israelis, der nach Jahrtausenden der Verbannung und Verfolgung den tiefempfundenen, authentischen und legitimen Wunsch hegte, in einem Staat zu leben, der im Geist jüdischer Tradition, jüdischer Kultur und jüdischer Geschichtserfahrung geführt werden sollte, sich dann aber gezwungen sah, seine nationale Heimstätte mit einem Mitbewohner zu teilen, der jedes jüdische Symbol von Herzen ablehnt, die jüdisch-israelische Nationalhymne als etwas Fremdes betrachtet und in jeder Erwähnung der Schoa eine Manipulation mit dem Ziel wähnt, die jüdischen Schritte gegen die Araber zu rechtfertigen.

In den letzten Jahren nun hat sich die Einstellung der Palästinenser zu ihrer Lage gewandelt. Viele haben offenbar die Hoffnung auf eine gleichberechtigte Integration in die israelische Gesellschaft aufgegeben, und diese pessimistische Neueinschätzung, begleitet von einem politischen und sozialen Reifungsprozess, hat bei ihnen das Gefühl genährt, daß sie nur aus eigenen Kräften ihre Position verbessern könnten, ohne auf die Hilfe der „jüdischen“ Regierung zu hoffen. Es ist eine faszinierende Entwicklung: Je „israelischer“ die Palästinenser im Umgang mit den demokratischen Einrichtungen des Landes werden, desto mehr stärken sie auch ihre palästinensische Identität. Und umgekehrt: Je stärker ihr palästinensisches Bewußtsein wird, desto mehr Repräsentation, Präsenz und Gleichberechtigung in der israelischen Gesellschaft wagen sie einzufordern.

All diese Tendenzen erreichten diese Woche ihren Siedepunkt. Wer meint, die Dinge würden wieder so werden, wie sie waren, macht sich etwas vor. Wir haben eine dramatische neue Wirklichkeit vor uns: Israel wird vermutlich bald den Friedensprozeß mit der palästinensischen Autonomiebehörde zu Ende führen. Aber danach wird ein tiefgreifender, bedrohlicher Konflikt zwischen Juden und Palästinensern in Israel selbst ausbrechen. Dann beginnt auch das unvermeidliche Ringen um das Wesen der israelischen Demokratie, den Charakter der israelischen Gesellschaft und die neue israelische Identität. Blutvergießen, das mit einer solchen Entwicklung einhergehen könnte, zu vermeiden: Man müßte umgehend die Stellung der arabischen Bevölkerung im Land verbessern und ihre Lage in allen Bereichen der jüdischen Mehrheit angleichen, und sei es durch bevorzugte Behandlung. Die Palästinenser werden an ihrer Affinität zu den arabischen Staaten festhalten, darunter auch zu dem entstehenden palästinensischen Staat. Sie werden ihre Kultur und Tradition pflegen, aber nur so, wie jede Minderheit es tut, die die Gesetze des Landes, in dem sie lebt, achtet. Sie werden den Traum von einer nationalen arabischen Autonomie in Galiläa aufgeben müssen, genau wie die britischen Juden keine Autonomie in Großbritannien fordern können. Weder Juden noch Araber werden hier leben können, wenn nicht einvernehmlich eine „zivile Charta“ erstellt wird, die die möglichen Punkte der Übereinstimmung festhält, die abweichenden Einstellungen und Interessen anerkennt und die – nicht wenigen – moderaten Elemente in beiden Lagern stärkt. Ohne diesen Schritt wird das gespaltene und gepeinigte Israel bald einen furchtbaren, gewaltsamen Kampf mitten in seinem Inneren erleben.

Aus dem Hebräischen von Ruth Achlama. Der Schriftsteller David Grossman, Jahrgang 1954, lebt in Jerusalem. Auf deutsch erschien zuletzt sein Roman „Sei du mir das Messer“.

Neuerscheinung

Frühe DDR-Außenpolitik

Besprechung durch Franz-Karl Hitze

In der Reihe Forschungen zur DDR-Gesellschaft erschien in diesen Tagen eine Studie von Ingrid Muth: *Die DDR-Außenpolitik 1949–1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen*. Eine solche zusammenhängende Darstellung zur Frühzeit der DDR-Außenpolitik suchte man in den Bücherregalen bisher vergebens.

In den ersten beiden Jahrzehnten der DDR wurden in der Politik die Weichen gestellt und Handlungsspielräume abgegrenzt. Ingrid Muth – ehemals selbst eine langjährige Mitarbeiterin des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten

– hat in jahrelanger Forschungsarbeit umfangreiches Quellenmaterial ausgewertet und einhundertfünfzig ehemalige Mitarbeiter des diplomatischen Dienst der DDR befragt, um eine Lücke in der DDR-Forschung zu schließen.

Die von ihr verfasste Studie begrenzt sich auf eine zusammenhängende Darstellung der Außenpolitik von der Staatsgründung im Oktober 1949 bis zur „Anerkennungswelle“ 1972. Für die Zeit nach 1972 sind die Archive noch verschlossen. Die Autorin macht Inhalte, Strukturen und Mechanismen des außenpolitischen Machtapparates der DDR transparent, die bis zur Wende 1989 höchster Geheimhaltung unterworfen waren. Sie gibt Aufschluß über die Kompliziertheit der Aufgabe, ein Außenministerium aus dem Nichts zu schaffen, ohne materielle Grundlagen, ohne genügend technische und finanzielle Mittel und ohne einen geschulten Personalbestand. Die Autorin ging dabei mit äußerster Akribie vor. Sie bemühte sich um Sachlichkeit und nüchterne Distanz. Nur in den Fußnoten blitzt hin und wieder ihr Erstaunen über Vorgänge auf, die aus heutiger Sicht nahezu unverständlich sind. Bei ihren Recherchen stöberte Ingrid Muth im Archiv des MfAA z.B. eine Hausmitteilung an den damaligen Außenminister Dr. Dertinger (CDU) auf. Darin wird dem Minister mitgeteilt (3.12.49), dass mit dem Staatssekretär im Ministerium des Innern über die Zulassung zum internationalen Fernsprech- und Telegrammverkehr verhandelt wurde. Schließlich wurde für sechs namentlich genannte Personen des MfAA die Genehmigung (!) erteilt am internationalen Fernsprech- und Telegrammverkehr teilzunehmen. Das geschah zu einer Zeit, als die DDR noch nicht über einen eigenen Botschaftsfunkverkehr verfügte.

Die Autorin weist schließlich an mehreren Stellen ihrer Studie nach, wie eng die Bindung der DDR an die Sowjetunion war und dass es mit der Souveränität des Staates nicht weit her war. Das führte zu verhängnisvollen Fehleinschätzungen, politischen Kehrtwendungen, die vermeidbar gewesen wären, und ständigen Reibungsverlusten. Das Buch gibt ebenso differenzierte Einsichten in die Organisations- und Leitungsstrukturen als auch in den personellen Aufbau einer außenpolitischen Funktionselite (1949–1953) sowie die Ausbildung des diplomatischen Dienstes. Eine umfangreiche Dokumentation ergänzt den Band.

Die Forschungsergebnisse von Ingrid Muth sind ein bemerkenswerter Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte der DDR auf dem Gebiet der Außenpolitik. Es wäre wünschenswert, wenn die Studie bis 1990 fortgeschrieben würde. Sie würde dann jeglicher Legendenbildung einen Kontrapunkt setzen.

Ingrid Muth. Die DDR-Außenpolitik 1949–1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen. (Ch. Links Verlag, Berlin, 2000 br. 318 S., 38 DM

28. Oktober, Frankfurt: Bundes-Mitgliederversammlung von „Mehr Demokratie“, 12.30-18.30 Uhr, Ökohaus Frankfurt, Kasseler Str. 1a. Kontakt: Bundesbüro Mehr Demokratie, Fritz-Berne-Str. 1, 81241 München, Tel.: 089/8211774, Fax: 089/8211776. E-Mail: bundesbuero@mehr-demokratie.de Internet: <http://www.mehr-demokratie.de>

4./5. November, Düsseldorf: Die Welt als Beute. Seit 22 Jahren arbeitet das internationale Netzwerk „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ (CBG) kritisch zum multinationalen BAYER-Konzern. Die CBG hat hautnah erlebt, wie dieser Konzern das, was „Neoliberalismus“ und „Globalisierung“ genannt wird, als eines der größten Firmen-Imperien der Welt vorbereitet und umgesetzt hat. Im Rahmen einer preiswerten Wochenend- die CBG ihre Erfahrungen weitergehen und verallgemeinern, um daraus zu lernen und den konzernkritischen Widerstand weiterzuentwickeln. Ein sicher für alle an konzernkritischem Widerstand Interessierten wichtiger und merkenswerter Termin. Anmeldungen: CBG, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon (02 11) 33 39 11, Fax (02 11) 33 39 40 Kosten DM 40 für beide Tage o. Übernachtung / Verpflegung (private Übernachtung möglich)

5. November, Ludwigshafen: Ernst-Bloch-Preis an Eric Hobsbawm. Preisverleihung an den in New York lebenden Historiker Eric Hobsbawm. Informationen: Ernst-Bloch-Zentrum, Tel. 0621/5042041, Fax: 5042450, e-mail: klaus.kufeld@ludwigshafen.de

7. November: US-Präsidentenwahlen, Neuwahl des Repräsentantenhauses und ein Drittel des Senats sowie zahlreicher Gouverneure

10.-12. November, Wien: Charta 2000/Raisons d'agir: Europäisches Treffen, Diskussionsforen und Kulturveranstaltungen auf dem Weg zu den von Pierre Bourdieu/Raisons d'agir in der „Charta 2000“ aufgerufenen „Generalständen der sozialen Bewegung in Europa“ und zur Vorbereitung des Athener Treffens im Frühjahr 2001. Burgtheater u.a. Veranstaltungsorte

17.-18. November, Kassel, Gesamthochschule: Moderner Kapitalismus – alte Gewerkschaft? 7. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS. Mit Elmar Altvater, Andreas Bachmann, Micha Heilmann, Margret Möning-Raane,

Franz-Josef Möllenbergs, Klaus Pickshaus, Helmut Schauer, Hans-Jürgen Urban, Ewald Wehner und vielen anderen. Anmeldung: PDS-Regionalbüro Kassel, Sickingenstr. 10, 34117 Kassel. Tel. & Fax: 0561/920 15 03, e-mail: regionalbuero@pds-nordhessen.de.

25. November, Fulda: Politische Ökonomie heute, 4. Kurstag. Beginn 10.30 Uhr, DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

1. Dezember: EU-Gipfel in Frankreich, voraussichtliche Punkte: Abschluss der Regierungskonferenz 2000, Feierliche Verabschiedung einer Europäischen Charta der Grundrechte, Förmlicher Beschluss der Integration der WEU in die EU

2. Dezember, Berlin: Osteuropa-Korrespondententreffen der Arbeitsgemeinschaft Politische Berichte und von Setkáni. (s.u.)

2.-3. Dezember, Paris: Europäische Versammlung der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten (Evt. anschließend: gemeinsame Initiative mit den UnterstützerInnen des Aufrufs Bourdieu, der französischen Liga für Menschenrechte u.a. zu den sozialen Grundrechten. Großes Rockkonzert)

Zwei Einladungen

Arbeitsgemeinschaft Politische Berichte und Setkáni – Treffen deutscher und tschechischer Linker laden ein :

Autorentreffen am Samstag, den 2. Dezember, in Berlin Beginn 10 Uhr – Ende 16 Uhr

Anmeldung: Politische Berichte – Martin Fochler c/o GNN-Verlag, Tel. 0711-624701, Fax: 0711-621532. E-Mail: mfochler@gnn-verlage.de. Deutsch-Tschechische Nachrichten – Renate Hennecke 089-507925. Fax: 089-5028112. E-Mail: Renate.Hennecke@munich.netsurf.de

Die Arbeitstagung soll den Autorinnen und Autoren, die sich in den letzten Jahren in den *Deutsch-Tschechischen Nachrichten* bzw. den *Politischen Berichten* mit der Expansion der Westmächte in den Europäischen Osten befasst haben, eine Gelegenheit bieten, im nächsten Jahr anstehende Arbeitsvorhaben vorzustellen und gegebenenfalls aufeinander abzustimmen.

Es werden Beiträge vorbereitet, die sich mit der Konzeption der Angliederung der Volkswirtschaften der Länder im östlichen Europa und der Unterwerfung dieser Gesellschaften unter die strategischen Interessen der Westmächte auseinandersetzen unter den Gesichtspunkten der

- materiell stofflichen Seite mit dem Schwerpunkt Energiewirtschaft
- finanzwirtschaftlichen Seite IWF/Weltbank/Kreditwesen/
- der politischen Seite, Herrschaftsarchitektur Eu/Nato

Anmeldung ist nötig. Es können private Unterkünfte vermittelt werden. Fahrkostenzuschüsse sind möglich.

Antinazistischer WiderStandort Deutschland?



Die Motivation vieler Wortführer in der Debatte zum „Kampf gegen Rechts“ gibt Anlass zur Skepsis. Welche Chancen sehen AntifaschistInnen in dieser Situation?

- „Fremdenfeindlichkeit“ im Osten – parlamentarische und außerparlamentarische Gegenstrategien
Stephan Wende, Büro S. Sarrach, MdL Brandenburg
- Die Debatte im Bundestag, Gesetzesinitiativen, NPD-Verbot
Rüdiger Lötzer, Büro Ulla Jelpke, MdB
- „Heulen, heucheln, hetzen“ – Reaktionen im rechten Lager
Alfred Schobert, DISS-Institut Duisburg

4. November 2000, 13.30 Uhr
Jugendgästehaus Köln-Deutz, Siegesstraße 5a

Veranstalter: Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten, Tel. 0221-21 16 58